Der Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
für Politik,
Wirtschaft,
Wissenschaft
und Kultur

Ausgabe 3 / 2012
48. Jahrgang

Postvertriebsstück 82706 | Einzelpreis 7,50 EUR

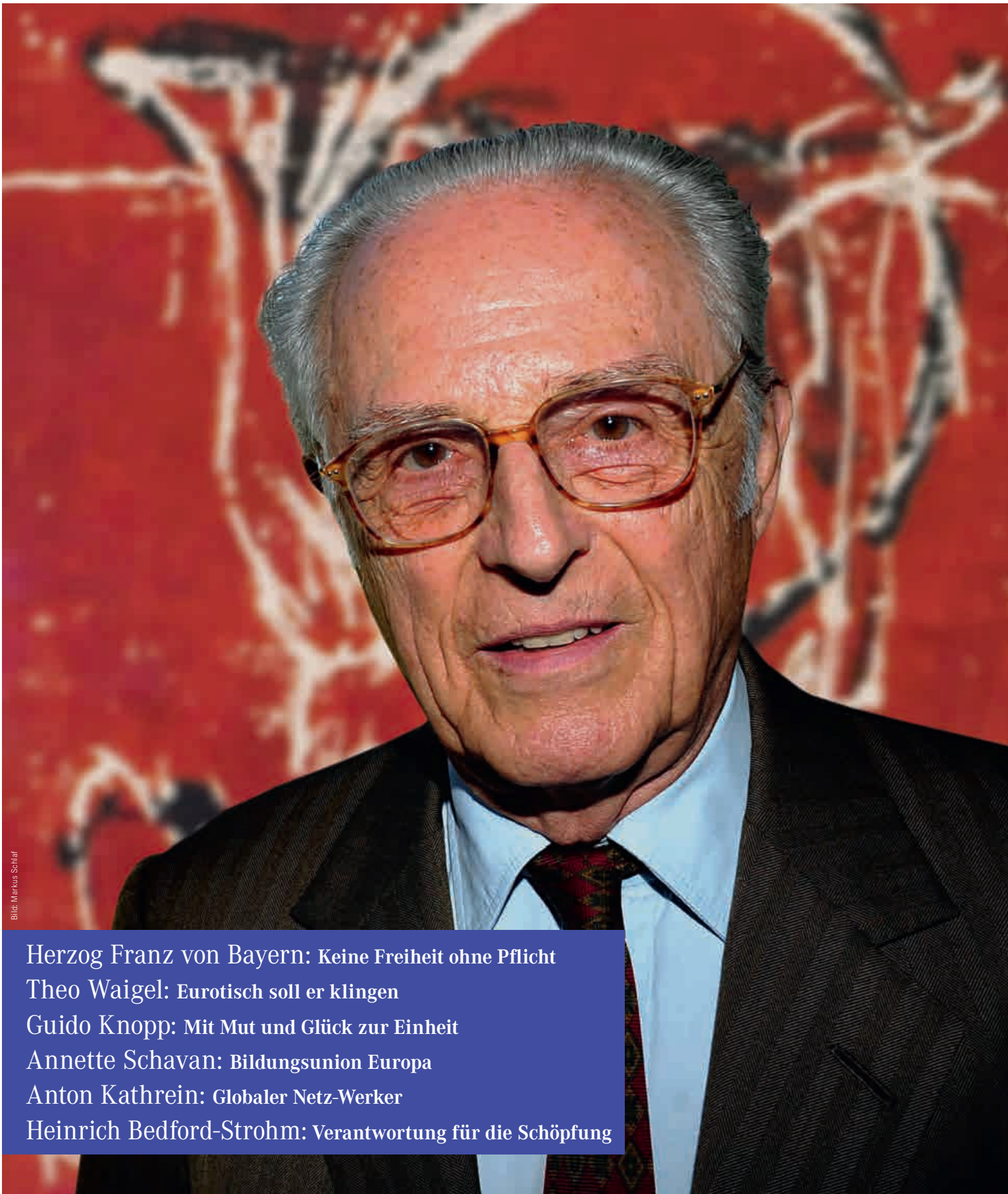


Bild: Markus Schlaf

Herzog Franz von Bayern: **Keine Freiheit ohne Pflicht**
Theo Waigel: **Eurotisch soll er klingen**
Guido Knopp: **Mit Mut und Glück zur Einheit**
Annette Schavan: **Bildungsunion Europa**
Anton Kathrein: **Globaler Netz-Werker**
Heinrich Bedford-Strohm: **Verantwortung für die Schöpfung**

HDTV-Sat-Receiver für HD+ und CI+
UFS 932/HD+

Inkl. HD+ Karte für 1 Jahr freigeschaltet

CI+

Empfang von Sky Sendern über das Sky CI Plus-Modul möglich *)

- HD+ Karte im Wert von 50,- € inklusive
- 12 Monate gratis
- exklusiv über ASTRA Satellit

Stand-by-Leistung < 1 Watt

Kathrein-EPG

HDMI™-Kabel inklusive

Aufnahme/Timeshift auf externe Festplatte

Durch die bereits für 1 Jahr freigeschaltete HD+ Karte ist mit dem UFS 932 grenzenloser HDTV-Genuss möglich.
Die integrierte CI+ Schnittstelle garantiert zukunftssicher auch den Empfang weiterer Pay-TV Sender.

Über die USB-Schnittstelle besteht die Möglichkeit, TV- oder Radioprogramme aufzuzeichnen und zeitversetzt fernzusehen (Timeshift).
Erhältlich in silber und schwarz.

*) CI Plus-Modul nicht im Lieferumfang enthalten. Empfang von Sky über das Sky CI Plus-Modul nur über Sat und mit einem Abonnement von Sky möglich.

Internet: www.kathrein.de

KATHREIN-Werke KG · Telefon 08031 184-0 · Fax 08031 184-306
Anton-Kathrein-Str. 1 - 3 · Postfach 10 04 44 · D-83004 Rosenheim

KATHREIN
Antennen · Electronic

© Bayerische Staatskanzlei

Sonniger Einheitstag: Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundestagspräsident Norbert Lammert, Bundespräsident Joachim Gauck, Minsterpräsident Horst Seehofer und Bundesverfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle vor der Münchner Staatsoper.

Kontinent des Friedens

Auch Angela Merkel ist begeistert. „Das ist ein wundervoller Tag“, freut sich die Bundeskanzlerin, als sie am 3. Oktober auf der Treppe der Oper steht. Die Sonne scheint vom weißblauen Himmel und kostbar gewandete Trachtler tanzen gelebte bayerische Tradition. Der Tag der Einheit, diesmal in München, ist ein fröhliches Fest für Menschen aus ganz Deutschland.

Während abends auf der Ludwigstraße ein Feuerwerk den Einheitstag beendet, erinnert der ZDF-Historiker Guido Knopp vor dem Peutinger-Collegium, dass der Weg zur Wiedervereinigung keineswegs eine hindernisfreie Einheitsstraße war. Im Gegenteil, die Widerstände in Paris und London waren enorm, und ein durchaus schon 1990 möglicher Putsch gegen den Sowjetführer Gorbatschow hätte der Geschichte eine andere Wende geben können. Daran zu erinnern, ist gerade heute wieder hochaktuell. Helmut Kohl hatte unbeirrt und mit Mut den Weg zur Einheit beschritten. Damit war das Tor offen für ein Europa, das erstmals in seiner Geschichte friedlich vereint ist.

Nun aber haben die ausufernden Staatsschulden den Kontinent in eine schwere Krise geführt. Wieder sind mutige Entscheidungen gefordert.

Und wie Kohl damals, geht auch Angela Merkel trotz aller Kritik, die aus vielen europäischen Hauptstädten auf sie einprasselt, unbeirrt ihren Weg: Helfen, wo notwendig und möglich, dies aber nur, wenn die früheren Sünder einsichtig ihre Hausaufgaben erledigen. Das heißt sparen und reformieren.

Damit die Gemeinschaft wieder gemeinsam stark werden kann. Der Friedensnobelpreis für die EU ist Ansporn und Verpflichtung zugleich, das größte Friedensprojekt dieses Kontinents wieder zu festigen. Das große Europa braucht neue Kraft und Zuversicht. Halten wir die Krise wachsam im Blick, aber lassen wir uns zugleich begeistern vom Friedensnobelpreis für die EU – und in die Pflicht nehmen, dieses großartige Friedensprojekt unbeirrt fortzusetzen.

Herzliche Grüße

Peter Schmalz
Chefredakteur

Titelseite:
Herzog Franz von Bayern empfängt nur selten zum Interview. Im Gespräch mit dem *Peutinger* mahnt der Chef des Hauses Wittelsbach mehr Respekt und Anstand an.

AKTUELLES

Vorwort 3

Kurz gemeldet 17

Buchbesprechungen 40

Veranstaltungsvorschau 2012 / 2013 43

POLITIK UND WIRTSCHAFT

Guido Knopp
Mut und Glück 5

Theo Waigel
Eurotisch soll er klingen 8

Arnulf Baring
„Finanzielle Zeitbombe“ 12

Annette Schavan
Bildungsunion Europa 14

Kurz gemeldet 17

Helmut Jung
Zur nächsten Wiesn 18

Hugo Müller-Vogg
Hanseaten-Doppel 21

Marianne E. Haas
Globaler Netz-Werker 23

KULTUR

Peutinger-Gespräch mit Herzog Franz von Bayern
Keine Freiheit ohne Pflicht 26

Heinrich Bedford-Strohm
Verantwortung für die Schöpfung 32

Wilfried Scharnagl
Servus 34

Michael Weiser
Kleine Weltstadt 36

Für Sie gelesen 40

PEUTINGER-COLLEGIUM

Zeitenwende“ – Wenn die Ideenwerkstatt tagt 38

Nachruf 38

Peutinger-Collegium startet Mentoring-Concept 38

Junge Peutinger 39

Vortragsabende des Peutinger-Collegiums 41

Veranstaltungsvorschau 2012 / 2013 43

Mut und Glück

Der eilige Weg zur Deutschen Einheit – Ein Rückblick

Der 23. Jahrestag der Deutschen Einheit wurde diesmal in München mit einem Festakt in der Staatsoper gefeiert. Mit Bundespräsident, Kanzlerin und vielen Trachtlern.

Guido Knopp

Wenn wir 22 Jahre nach dem ersten Tag der Deutschen Einheit, fragen, was wir aus der Geschichte dieses Jahres lernen können, dann vor allem das: Wer wandeln will, braucht Mut und Glück. Mut, den richtigen Moment zu nutzen. Mut, auch dann den eigenen Weg zu gehen, wenn es Widerstände gibt, und Glück, die richtigen Verbündeten zu finden.

Heute wissen wir: Gegen die deutsche Einheit gab es enorme Widerstände. Briten und Franzosen waren lange Zeit dagegen, dass sich etwas ändert, und Michail Gorbatschow, der heute als Einheitspate gilt, tat bis zum Januar 1990 alles, um den Weg zu Einheit zu versperren. Zudem hätte ein durchaus möglicher Putsch in Russland noch im Sommer 1990 alles kippen können. Die Tür zur Einheit stand nur kurze Zeit einen Spalt breit offen. Deutschland einig Vaterland war deshalb Deutschland eilig Vaterland. Möglich wurde die Einheit nur, weil es nicht allein um die Einheit ging. Es ging zunächst einmal um die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung. Gegen eine staatliche Vereinigung der Deutschen konnte man sich in Europa wenden, auch aus Gründen der Geschichte, gegen freie Wahlen und das verbriefte Recht auf Selbstbestimmung aber nicht. Die Einheit war ein Kind der Freiheit. →

Ein grauer Trabi rollt in den Westen: Der Ruf nach Freiheit und Selbstbestimmung ebnete den Weg zur Einheit. Kanzler Kohl handelte rasch und entschlossen, Gorbatschow war lange dagegen, Mitterand und Thatcher tricksten und bremsten.

In der Rückschau mag es manchen scheinen, dass der Weg zur Einheit eine Einbahnstraße der Geschichte war. Es habe einfach dazu kommen müssen. Aber das war nicht so. Denn der Weg zur Einheit war ein Lauf in Sieben-Meilen-Stiefeln. Und er war gelegentlich extrem gefährdet. Vieles hat so kommen können, aber keineswegs so kommen müssen.

Beginnen wir im Sommer 1989. Die DDR stand vor der Pleite, lebte von der Substanz. Der Chef der staatlichen Plankommission kommt zu dem Schluss, dass der Lebensstandard der DDR um ein Drittel gesenkt werden müsse, um den offenen Staatsbankrott zu vermeiden. In der Bundesrepublik wusste man das nicht. Noch immer kursierte das Märchen von der DDR als zehngrößte Wirtschaftsmacht der Welt.

Heute mag es manchen in der Rückschau fast schon skurril erscheinen, dass im Sommer 1989 tausende von DDR-Bürgern Leib und Leben wagten, um den Westen zu erreichen. Zumal sie ein paar Wochen später ohne Schwierigkeiten reisen durften. Aber das wussten sie noch nicht. Sie ließen Freunde und Familien, Hab und Gut zurück, riskierten ihre berufliche Zukunft und nicht wenige sogar ihr Leben. Erst jene, die zeigten, dass ihr Ruf „Wir wollen raus“ erfolgreich war, schufen Raum für diejenigen, die riefen „Wir bleiben hier“. Denn nun waren es Tausende und bald Zehntausende, die diese Forderungen stellten. Nicht nur in Leipzig. Denn in vielen anderen Städten in Thüringen und in Sachsen sah der Montagabend ähnlich aus. Es war der Süden der DDR und weniger der Norden, der die Entwicklung voran trieb. Es war eine Revolution.

Es wurde die erste deutsche Revolution, die wirklich glückte und vor allem glücklich endete. Der heiße Herbst des Jahres 1989 hatte keine Märtyrer, nur viele sogenannte „Wendehälse“. Und die gewaltigsten von ihnen stammten aus dem Westen. Jene, die noch im November 1989 bremsen wollten, sind im Frühjahr 1990 auf den unter Volldampf fahrenden Zug zur Einheit aufgesprungen. Manche, die sich später gerne als Lokführer oder wenigstens als Schaffner sahen. Darunter sind viele prominente Namen.

Die SED-Führung hingegen war im Oktober 1989 völlig auf den 40. Jahrestag der DDR fixiert. Eine chinesische Lösung, wie man damals sagte, also Blutvergießen, kam zumindest vorher nicht in Frage. Man wollte den 7. Oktober glanzvoll als Staatsschauspiel zelebrieren. Vor allen auch vor dem Ehrengast Gorbatschow, der aus Moskau angereist war.

Hier gilt es übrigens den Mythos aus der Welt zu schaffen, der Gast aus Moskau habe beim Besuch in Ostberlin den Satz des Jahres 1989 geprägt hat: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Das klingt schön, aber Gorbatschow hat das leider nie gesagt. Wir haben sehr genau nachgeprüft, was er tatsächlich gesagt hat: „Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“ Das klingt schon etwas anders. Aber ein findiger Nachrichtenredakteur hat das Originalzitat ein bisschen kreativ verändert, eine knackige Überschrift hinzugefügt und schon war der Satz der Sätze in der Welt. Gorbatschow gefiel der Satz so gut, dass er später selbst daran geglaubt hat, er habe diesen Satz gesagt.
Zwei Tage nach dem Staatsjahrestag stand die Sache der Freiheit Spitz auf Knopf. Das Regime hatte sich darauf vorbetreitet, die Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober gewaltsam zu zerschlagen. Betriebskampfgruppen waren bewaffnet worden, Listen für Internierungslager angelegt und Krankenhäuser alarmiert. Dass dennoch nicht geschossen wurde, war nicht nur das Resultat von friedlichem Protest, es war vor allen die verlegene Unentschlossenheit der Machthaber. Aber das wussten die 70.000 Menschen, die an diesem Abend auf dem Ring von Leipzig für die Freiheit demonstrierten, nicht. Doch ganz entscheidend für das friedliche Gelingen war am Ende, dass die Panzer der Sowjetunion diesmal in den Kasernen blieben.

Als das Volk spürte, dass die Staatsmacht diesmal Skrupel hatte, auf das Volk zu schießen, trieb das Volk die Staatsmacht vor sich her und zwang sie zu Reformen. Das Regime stand alsbald mit dem Rücken zu der Wand, die es errichtet hatte, um das Volk daran zu hindern, wegzulaufen. Der Gedanke, das Regime zu retten, wenn die Mauer nur ein bisschen durchlässiger würde, lag im Herbst des Jahres 1989 nahe. Doch die Kommunikation im engsten Führungszirkel versagte kläglich. Günter Schabowskis ungeplante und holprige Ankündigung von der sofortigen Grenzöffnung war ganz sicher der schönste Fehler der deutschen Geschichte. Denn dieser Schnitzer vor den Kameras der Welt ermöglichte das Wunder von Berlin.

Nach diesem freudentrunkenen Wochenende schlug „die Stunde null“. In Halle, Chemnitz, Plauen, Leipzig, Erfurt und in vielen anderen Städten rief nächstes Wochenende Volkes Stimme „Deutschland einig Vaterland“ und „Wir sind ein Volk“. Doch es waren oft nicht mehr dieselben Menschen, die sechs Wochen vorher noch „Wir sind das Volk“ gerufen hatten. Denn jetzt waren es die Stillen, die aus ihren Nischen kamen und die schwarz-rot-goldenen Fahnen schwenkten. Diese zweite Reihe war es, die den Einheitsruf erklingen ließ. Oft zum Verdruss der ersten Reihe, die etwas anderes gewollt hat, nämlich erst mal eine etwas bessere, etwas freiere DDR. Aber die Kräfte, die ihr Mut entfesselt hatte, waren am Ende stärker als sie selbst.

Auch das war eine Ironie der Zeitgeschichte. Denn ohne diese Rufe hätte Helmut Kohl in Bonn nie seine neue Meinungsführerschaft in Sachen Deutsche Einheit übernehmen können. Seit dem 18. November, der Verkündung des 10-Punkte-Plans im Bonner Bundestag, lag der Ball in seiner Hälfte. Doch

es gab viel Widerstand. Versteckt in Frankreich, offen bei den Briten. Maggy Thatcher, die eiserne Lady, stand der Idee der deutschen Einheit zwar feindlich gegenüber, doch sie hielt sie immerhin für möglich. Im Gegensatz zu Frankreichs Präsident Mitterrand. Der sagte Thatcher schon im September 1989, seine Hoffnung sei, dass Gorbatschow ein neuvereintes Deutschland in der NATO niemals zulässt und Amerika das niemals akzeptieren werde, dass die Bundesrepublik die NATO je verlässt. Denn die NATO war ja nach einem legendären Spruch ihres ersten Generalsekretärs, des Briten Lord Ismay, ursprünglich dazu da, in Europa die Russen draußen und die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten. „Wir können ganz beruhigt sein", meinte Mitterrand zu Thatcher. „Sagen wir nach außen, dass die Wiedervereinigung geschehen kann, wenn die Deutschen es wollen, im Bewusstsein, dass die beiden Großen uns davor bewahren." Nachzulesen in den Akten des britischen Außenministeriums. Die Pariser Strategie in diesen wendevollen Monaten hieß also Doppelspiel. Nach außen die Idee der Deutschen Einheit unterstützen und hinter den Kulissen den Prozess verzögern und dadurch vielleicht verhindern.

Noch im Dezember 1989 versuchte Mitterrand mit allen Mitteln, eine längere Eigenständigkeit der DDR zu fördern. Er besuchte Leipzig und animierte den neuen Ministerpräsidenten Hans Modrow und vor allen den neuen SED-Chef Gregor Gysi, sich dem Einheitsruf des Volkes zu widersetzen, was sie dann auch taten. Gysi ein bisschen vehementer als Modrow. Und noch unverblümter operierte Maggy Thatcher. Nicht hinter, sondern vor den Kulissen. Erst vor kurzem haben die erwähnten Akten aus dem britischen Außenministerium öffentlich bekräftigt, dass sie damals wirklich alles Mögliche versucht hat, um die deutsche Einheit zu verhindern, weil „wir den Deutschen eigentlich nicht trauen dürfen". In der Downing Street fiel damals der berühmt gewordene Satz: „Zwei Mal haben wir sie geschlagen, jetzt sind sie wieder da." Zudem waren Mitterrand und Thatcher verärgert über den 10-Punkte-Plan von Helmut Kohl, Gorbatschow war erzürnt. Nur George Bush, der Ältere, hielt Kohl die Stange, weil er in globalen Dimensionen dachte. Dass sich die Einheit dennoch durchgesetzt hat, lag vor allen an der Macht der Bilder. Der legendäre Besuch von Helmut Kohl am 19. Dezember in Dresden, die Bilder von der Öffnung des Brandenburger Tors an Weihnachten und vor allem die Bilder von der ersten gemeinsamen Silvesterfeier am Brandenburger Tor ließen in den Kabinetten der vier Mächten das mitunter resignierende Bewusstsein reifen, gegen eine solch offenkundige und machtvolle Bewegung sei ist kein demokratisches Kraut gewachsen. Der Ruf allein nach Einheit wäre wohl gescheitert, aber weil er mit dem Ruf nach Freiheit, Selbstbestimmung und freien Wahlen untrennbar verknüpft war, hatte er Erfolg.

Ein Schlüsselsatz des Kalten Krieges hieß: Die Deutsche Frage bleibt so lange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist. Jetzt stand das Brandenburger Tor weit offen. Und die Deutsche Frage auf der internationalen Tagesordnung. Der Januar 1990 brachte eine Vorentscheidung. Beim legendären Strandspaziergang Kohls und Mitterrands an der Atlantikküste fiel eine Art von Doppelbeschluss: Für den Euro kam die Zustimmung der Grand Nation zur Deutschen Einheit. Helmut Kohl hat das zwar damals dementiert. Aber es gibt eindeutige Hinweise, dass die Aussicht auf eine einheitliche europäische Währung das Einlenken Frankreichs erleichtert hat. Soviel steht fest: Für Mitterrand war die Einbindung der DM in ein neues Währungssystem entscheidend, um sich mit der Einheit abzufinden.

Heute wird immer noch der Vorwurf formuliert, der Einigungsprozess sei viel zu schnell und zu überstürzt vor sich gegangen, er hätte viel mehr Zeit gebraucht. Das ist natürlich ökonomisch richtig, aber politisch falsch. Ich wiederhole mich: Die Tür zur Einheit stand nur einen Spalt weit offen und nur kurze Zeit. Schon im Dezember 1990, nach dem Rücktritt von Eduard Schewardnadse, dem Vertrauten und Außenminister von Gorbatschow, wäre manches schwieriger gewesen. Und nach dem Sturz von Gorbatschow im Jahre 1991 sowieso.

Wir wissen heute, dass es schon 1990 zwei ernste Putschpläne gegen Gorbatschow gegeben hatte. Einmal im September 1990, kurz vor Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags und zuvor auch schon im Sommer, als NVA-Generäle, die wussten, dass sie abgewickelt werden würden, sich mit Generälen der Westgruppe der Sowjetarmee, die in der DDR stationiert war, zusammentaten. Sie überlegten, Gorbatschow in die die DDR einzuladen und dort zu verhaften. Dieser Plan scheiterte daran, dass der zur Gallionsfigur erkorene Marschall Sergei Achromejew, ein Held der Sowjetunion, im letzten Augenblick Skrupel bekam und sich verweigerte. Ein Jahr später aber, im August 1991 zählte Achromejew zu den Moskauer Putschisten. Und als dieser Putsch an Widerstand von Jelzin scheiterte, erschoss er sich. Eine tragische Figur.

Am Wendepunkt der Weltgeschichte 89/90 haben unsere Nachbarn in Europa das latente alte Misstrauen dem Volk der Mitte gegenüber überwunden. Im Prozess der Deutschen Einheit wurde letzten Endes eines klar: Europa funktioniert nicht ohne das geeinte Deutschland. Und genau so wenig ist auch Deutschland ohne das Bekenntnis zu Europa auf die Dauer überlebensfähig. Wenn Geschichte einen Sinn hat, dann hat sie uns am Ende dieses blutigen Jahrhunderts, nach zwei Weltkriegen und 40 Jahren Teilung, eine Art von Happy End beschert. Heute sind wir das vereinte Land der Mitte in Europa. Und Europa hat jetzt Möglichkeiten wie noch nie. Bis hin zum Friedensnobelpreis. ▲

Lothar de Maizière, der erste freigewählte DDR-Ministerpräsident, hielt am Abend des 2. Oktober 1990 im Berliner Schauspielhaus seine letzte Rede als ostdeutscher Regierungschef und beendet damit die 40jährige Geschichte der DDR. Später gestand der CDU-Politiker: „Mir schlotterten die Knie. Wer löst schon einen Staat auf. Und das auch noch friedlich und ohne Blutvergießen."

Prof. Dr. Guido Knopp, 64, beendet Anfang nächsten Jahres seine Arbeit als Leiter des ZDF-Programmbereichs „Zeitgeschichte", den er vor 29 Jahren aufgebaut hat. Der promovierte Historiker erreicht mit seinen historischen Dokumentationen ein breites Publikum und wurde u.a. mit dem Bayerischen Fernsehpreis und der Goldenen Kamera ausgezeichnet.

Eurotisch soll er klingen

Theo Waigel über den Euro und die Notwendigkeit, ihn zu retten

Theo Waigel

Er gilt als der Vater des Euro: Theo Waigel war im Kabinett von Helmut Kohl Bundesfinanzminister, als die Verträge zur europäischen Gemeinschaftswährung geschmiedet und beschlossen wurden. Er hat den Stabilitätspakt geschaffen, der eine Krise wie die aktuelle verhindern sollte. Und er sagt unmissverständlich: „Griechenland hätte ich nie aufgenommen." Theo Waigel hatte beim Peutinger-Collegium spontan zugesagt, nachdem Luxemburgs Premier und Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker wegen einer Krisensitzung überraschend hatte absagen müssen. Das Collegium erlebte eine mit Fakten und Humor gewürzte Geschichtsstunde aus erster Hand. Der Peutinger dokumentiert die Rede in Auszügen.

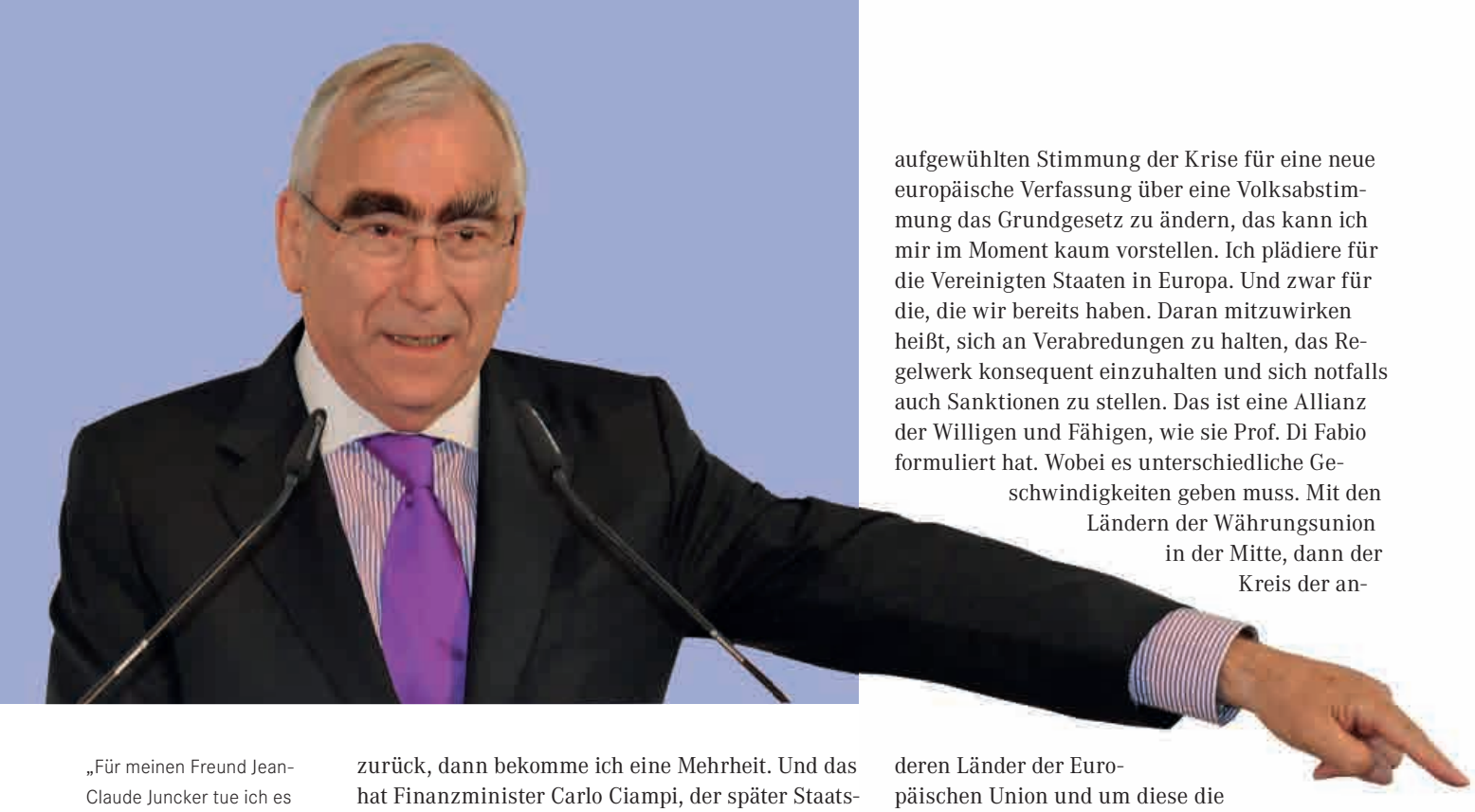
Die neue Währung hätte ich gerne Franken genannt. Es war eine Intension, die mich wahrscheinlich zum Ehrenbürger von Nürnberg gemacht hätte. Ich habe gedacht, für Frankreich sei das akzeptabel, doch der Spanier Philippe Gonzalez sagte mir: „Theo, das geht nicht, das würde bei uns Franko heißen, und das wollen wir nicht mehr." So kam die Idee vom Euro, was anfangs aber auch nicht auf ungeteilte Begeisterung stieß. Frankreichs Präsident Jacques Chirac war der erste, der meinte, man müsse ein Referendum abhalten. Darauf sagte Helmut Kohl: „Jacques, überlege dir das gut. Wenn bei einem Referendum 80 Millionen für Mark stimmen und vielleicht 40 Millionen für Franken. Was machen wir dann?" Da hat er schnell den Vorschlag zurückgezogen. Und als es am Schluss auf Euro zulief, sagte mein Luxemburger Freund Jean-Claude Juncker: „Aber sehr erotisch klingt es nicht gerade." Das hat mich geärgert und ich habe ihm gesagt: „Jean-Claude, du bist auch nicht mehr der Jüngste. Es muss nicht erotisch klingen, eurotisch wenn es klingt, das genügt."

* * *

Der Vorschlag, einen Stabilitätspakt zu beschließen, entstand bei mir durch die Frage, was mit einem Land geschieht, das 1997 und 1998 alle Kriterien erfüllt, aber ein paar Jahre später ein anderes Parlament wählt und die Regierung sagt: Was schert uns das dumme Geschwätz unserer Vorgänger. Wir halten uns an das Motto: Mach dich fit durch Defizit. Das war die Geburtsstunde des Stabilitätspaktes. Zu den Kriterien zählte das Ziel, das Staatsdefizit nicht nur auf 3 Prozent zu senken, sondern mittelfristig einen Haushaltsausgleich und langfristig sogar eine Überschuss zu erwirtschaften. Denn die großen Probleme der Staatsschulden lassen sich nicht mit zusätzlichen Defiziten, sondern nur mit primären Überschüssen lösen. Und wenn jetzt einige Länder Eurobonds fordern, dann muss man ihnen sagen, dass sie – nicht zuletzt Italien – zu Beginn der Währungsunion am meisten profitiert haben. Die damals horrend hohen Zinsen gingen runter und die hohe Staatsschuld konnte mit relativ niedrigen Zinsen bedient werden. Allein Italien erzielte dadurch eine Eurorendite von 30 bis 40 Milliarden Euro. Eine gewaltige Summe. Bei Griechenland sind es circa 17 Milliarden.

Nun hat Griechenland nichts getan, um seine Finanzkrise zu verbessern. Anders Italien, das jedenfalls bis 2008 versucht hat, seine hohe Staatsschuld von 130 auf 100 Prozent zu senken. Schaut man sich heute die Haushaltszahlen von Italien an, kann man sagen: Ja wie glücklich wären die gewesen, wenn sie in den 80er und 90er Jahren nur ein Haushaltsdefizit von 2 Prozent wie in diesem Jahr und im nächsten Jahr möglicherweise unter 1 Prozent gehabt hätten. Und das ist in den letzten 20 Jahren durch einen Stabilitätsdruck passiert, wie es ihn vorher in Europa nicht gegeben hat. Als ich den Stabilitätspakt zum ersten Mal vorgeschlagen habe, stimmte der damalige italienische Haushaltsminister sofort zu: „In Rom würde ich die Unterstützung für solche Maßnahmen, die im Interesse Italiens sind, nie bekommen. Aber wenn ich sagen kann, ihr müsst euch entscheiden für den harten Kurs oder ihr fallt in die zweite und dritte Liga Europas →

Geld ist gedrucktes Vertrauen. Viele Deutsche fürchten, die Papier-Zahl könnte bald weniger wert sein. Inflationsangst geht um.



„Für meinen Freund Jean-Claude Juncker tue ich es gern“: Ex-Bundesfinanzminister **Dr. Theo Waigel** sagte spontan zu, als der Europgruppen-Chef und Luxemburger Ministerpräsident wegen einer dringenden Euro-Krisensitzung seinen lange geplanten Termin beim Peutinger-Collegium nicht wahrnehmen konnte. Einen kundigeren Vertreter hätte es nicht geben können: Waigel begeisterte mit Erlebnissen aus der Geburtsstunde des Euro und mit klaren Aussagen über Fehler und Chancen. 1939 im schwäbischen Oberrohr geboren, studierte er Jura in München und Würzburg, begann als Staatssekretär in München, führte ab 1982 die CSU-Landesgruppe in Bonn und war ab 1989 fast zehn Jahre lang Bundesfinanzminister unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Waigel ist Ehrenvorsitzender der CSU.

zurück, dann bekomme ich eine Mehrheit. Und das hat Finanzminister Carlo Ciampi, der später Staatspräsident wurde, in der Tat geschafft.

* * *

Zu der hohen Staatsschuld kommt noch eine zweite, die implizite Staatsschuld. Denn in den Haushalten sind die künftigen Soziallasten und -leistungen nicht bilanziert. Das sind die Beamtenpensionen, die Bundeszuschüsse für die Rentenkassen und manches andere. Noch vor einigen Jahren lag diese implizite Staatsschuld in Deutschland bei über 200 Prozent, ist aber durch Reformen auf 109 Prozent zurückgegangen. Bei dieser sehr positiven Entwicklung hat die Erhöhung der Lebensarbeitszeit auf 67 eine ganz wichtige Rolle gespielt. Wir führen sie bis 2029 schrittweise ein, Mario Monti will das in Italien innerhalb der nächsten 6 Jahre machen. Das wird nicht ganz einfach sein.

Wenn ich früher in Südtirol in die Berge gegangen bin und meine Bergführer gefragt habe, was sie früher gemacht haben, da haben die meisten Lehrer gesagt und ich habe gefragt: „Und da hast Du Zeit fürs Bergführen?“. Ja, haben sie gesagt, denn nach einem Gesetz von Mussolini können wir mit 40 Jahren in Pension gehen und bekommen 80 Prozent der Bezüge. Das gibt es inzwischen nicht mehr. Übrigens: die implizite Staatsschuld beträgt in Italien nur 28 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in Deutschland 109, in Spanien über 400 und in Griechenland horrende 800 Prozent. Auch in den USA liegt sie mit 170 Prozent fast doppelt so hoch wie in Deutschland. Darauf konzentriert sich die Finanzpolitik viel zu wenig.

* * *

Wie kommen wir aus dieser Schuldenkrise heraus. Ich glaube nicht, dass wir in absehbarer Zeit die Vereinigten Staaten von Europa durchsetzen können. Das kann ich mir in den nächsten fünf bis sechs Jahren nicht vorstellen, da bewege ich mich ziemlich nahe bei Prof. Di Fabio. In dieser aufgewühlten Stimmung der Krise für eine neue europäische Verfassung über eine Volksabstimmung das Grundgesetz zu ändern, das kann ich mir im Moment kaum vorstellen. Ich plädiere für die Vereinigten Staaten in Europa. Und zwar für die, die wir bereits haben. Daran mitzuwirken heißt, sich an Verabredungen zu halten, das Regelwerk konsequent einzuhalten und sich notfalls auch Sanktionen zu stellen. Das ist eine Allianz der Willigen und Fähigen, wie sie Prof. Di Fabio formuliert hat. Wobei es unterschiedliche Geschwindigkeiten geben muss. Mit den Ländern der Währungsunion in der Mitte, dann der Kreis der anderen Länder der Europäischen Union und um diese die weiteren Kandidaten. Vor einer tieferen Integration müssen wir das Regelwerk wieder in Ordnung bekommen und dafür sorgen, dass die Länder sich daran halten. Und wer sich nicht daran hält, dem kann man nicht helfen.

Jetzt muss natürlich die Frage kommen: „Und was machen wir mit den Griechen?“ Ich lege größten Wert darauf, festzustellen, dass diese nicht in meiner Zeit als Finanzminister aufgenommen worden sind. Ich hätte sie auch nicht aufgenommen. 1997 hat mir der damalige griechische Finanzminister gesagt, er wünsche, dass die griechischen Buchstaben auf den neuen Euro kämen. Ich habe ihn erstaunt angesehen und gesagt: „Ihr seid nicht dabei und ihr werdet auch nie dabei sein und deshalb kommen eure Hieroglyphen auch nicht auf die Banknoten.“ Er fand das nicht besonders charmant von mir, aber ich meinte, ich müsse ihm das klipp und klar sagen. Leider haben die Notenbankpräsidenten dann anders entschieden. Und ein paar Jahre später hat man trotz der miserablen griechischen Kennziffern und obwohl erkennbar gewesen wäre, was passieren wird, Griechenland trotzdem aufgenommen. Das war ein ganz schwerwiegender Fehler.

Ein zweiter Fehler kam dazu. Wir haben den Anderen den Stabilitätspakt abgetrotzt. Wir haben ihnen gesagt, entweder ihr macht mit oder die Währungsunion findet nicht statt. Wenn dann aber Deutschland 2003/2004 selber eine Mahnung bekommt und anstatt diese zu akzeptieren, die rotgrüne Bundesregierung versucht, zu ändern und aufzuweichen, dann darf man sich nicht wundern, wenn es kein Vertrauen mehr gibt in den Stabilitätspakt. Wir brauchen wieder klare Regeln und Strafen bei Regelverstößen. Wir brauchen Eigenverantwortung, Präventionen und eine verbesserte Finanzaufsicht. Übrigens ist dies alles schon in den Artikeln 122/123 des Maastricht-

Vertrags berücksichtigt, doch leider hat man sie nicht angewandt.

* * *

Es gibt aber auch Gründe zur Hoffnung. Das sind zum Beispiel die Fortschritte in Irland, das 2010 ein Haushaltsdefizit von 13,1 Prozent hatte. Im letzten Jahr waren es nur noch 8,3 und 2013 werden es voraussichtlich nur noch 7,5 Prozent sein. Das ist noch immer zu hoch, aber angesichts der furchtbaren Bankenkrise, die das relativ kleine Land zu bewältigen hat, ist das eine ganze Menge. Die Iren haben nämlich im Gegensatz zu Spanien schnell und umfassend reagiert. Sie haben wieder eine positive Leistungsbilanz und können sich auf den Märkten selber mit Kapital versorgen. Spanien hat auch eine Menge getan. Sie haben Arbeitsmarktreformen vorangebracht, aber den Bankensektor schleifen lassen. Und dann entsteht plötzlich Unruhe. Da wurde nicht rechtzeitig gehandelt, und deshalb tun sich die Spanier im Moment so schwer.

Ärgerlich und völlig unverständlich ist, dass jedes Land sich am Anfang mit aller Kraft wehrt, Hilfe zu bekommen, weil es dadurch ein Stück Souveränität abgegeben muss. Es ist aber das allernatürlichste der Welt, dass ich mich Bedingungen unterziehen muss, wenn ich günstiges Geld benötige, um meine Probleme zu lösen. Das hat sowohl bei Griechenland wie bei Irland zu lange gedauert. Auch jetzt bei Spanien mit der Bankenrettung. Da wurden große Fehler gemacht.

* * *

Auch Deutschland muss großes Interesse haben, den Euro zu stabilisieren. Die Allianz hat kürzlich in einer Studie die Folgen eines Scheitern des Euro errechnet: Würde die DM wieder eingeführt, würde das reale Bruttosozialprodukt in den ersten beiden Jahren um etwa 15 Prozent schrumpfen, in den ersten 4 Jahren etwa 25 Prozent. Ich kann nur dringend davor warnen, darin die Lösung zu sehen.

Wir müssen den Bürgern erklären, dass Solidarität mit unseren Euro-Partnern zwar aufwändig ist, dass wir für diese Solidarität aber die Chance bekommen, ein global wettbewerbsfähiges Europa durchzusetzen, das in weiten Teilen den deutschen Vorstellungen entspricht. Wenn dies ein deutscher Politiker im Ausland sagt, stößt er auf alles andere als auf Begeisterung. Aber so sind die Fakten: Wir stehen vor einer deutschen Verantwortung in der Europapolitik wie nie zuvor in den letzten 50 Jahren. Davon bin ich felsenfest überzeugt.

Wir müssen dieser Verantwortung gerecht werden. Der Historiker Hans Peter Schwarz hat einmal gesagt, wir müssen die richtige Mischung finden zwischen Machtversessenheit im letzten Jahrhundert und Machtvergessenheit. Europa und die übrigen Länder erwarten, dass Deutschland mit anderen zusammen Führung unter Beweis stellt. Natürlich mit Bedingungen. Da gibt es Leute in der Wirtschaft, die liebäugeln mit einem gespaltenen Euro: Einen stabilen für Deutschland und die Nordländer, einen instabilen für Frankreich und die Südländer. Dadurch würde die deutsch-französische Freundschaft auf eine Probe gestellt wie nie zuvor in den letzten 50 Jahren. In Europa würden sich ganz schnell andere Konstellationen bilden, aber nicht mit uns, sondern eher gegen uns. Die deutsche Europapolitik verlangt Verantwortung und auch die Bereitschaft, gemeinsam mit Anderen Risiken für diese Verantwortung auf uns zu nehmen. Und es bleibt nichts anderes übrig, als im Sinne von Immanuel Kant immer wieder abzuwägen, was die Vorteile und was die Nachteile sind. Und was passiert, wenn wir nicht handeln und dadurch einen Schaden in Europa herbeiführen.

* * *

Ich wünsche mir ein Bündnis für Europa mit einer starken Aktivität der Kirchen, mit einer beachtlichen Solidarität der Gewerkschaften und mit einer Wirtschaft, die ein bisschen weniger polyphon auftritt. Mit dabei die Landwirtschaft, die Intellektuellen und am allerwichtigsten die Jugend. Die Jugend, die heute in einem unglaublichen Maße auch über die Grenzen hinaus vernetzt ist. Und ich wünsche mir für Europa auch mehr Anerkennung der großartigen Erfolge. Vor einiger Zeit hat Hans Magnus Enzensberger, der Dichter aus dem Allgäu, ein Büchlein über Europa geschrieben. Darin sind zwei Seiten über die wunderbaren Errungenschaften von Europa, aber auf 35 Seiten hat er alle Nachteile aufgezählt. In vielem hat er sicher Recht, und die Kommission sollte sich das gut anschauen. Aber ich habe ihm neulich gesagt: „Lieber Hans Magnus Enzensberger hätten Sie nicht die zwei positiven Seiten auf 20 Seiten ausweiten und die 35 negativen auf 25 reduzieren können? Dann hätten wir ein ausgewogeneres Verhältnis gehabt, das auch eher der Realität in unserem gemeinsamen Europa entspricht. ▲

„Wenn ich das wüsste, bräuchte ich keine Interviews zu geben, sondern würde viel Geld verdienen.“

Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker auf die Frage, wer seiner Ansicht nach hinter Angriffen auf den Euro stehe

Karikatur: Horst Haitzinger

„Finanzielle Zeitbombe“

Vor 15 Jahren: Hellsichtig sagt Arnulf Baring die heutigen Euro-Probleme voraus

Vor 15 Jahren und damit fünf Jahre vor Einführung des Euro veröffentlichte der Historiker und Politikwissenschaftler Arnulf Baring ein Buch mit dem Titel „Scheitert Deutschland?“ Obwohl längst vergriffen, lohnt sich ein Griff in den Bücherschrank. Denn darin habe Baring, so schrieb kürzlich die *Süddeutsche Zeitung*, „mit unheimlicher Hellsicht verhergesagt, was wir heute erleben“. Nachfolgend einige Passagen aus dem 1997 erschienen Buch.

Professor Dr. Arnulf Baring, 1932 in Dresden geboren, lehrte Politikwissenschaften am Berliner Otto-Suhr-Institut. Mit seinen Publikationen mischt er sich oft leidenschaftlich in die aktuelle politische Diskussion ein. Wegen seines Engagements für Hans-Dietrich Genscher wurde er 1983 aus der SPD ausgeschlossen.

Arnulf Baring

Wir haben es bei der Europäischen Währungsunion mit einem Projekt zu tun, das entweder überflüssig ist oder gefährlich. Im Verhältnis zwischen den Niederlanden, Österreich und Deutschland ist es entbehrlich, weil die Notenbanken dieser Länder über die Währungspolitik hinaus in ihrer Finanzpolitik, ihrer Steuerpolitik und ihrer Budgetpolitik eine konsequente Stabilitätspolitik betrieben haben, die zur Folge hatte, dass keine Veränderungen der Wechselkurse notwendig waren. Wir hatten hier also bereits eine Quasi-Währungsunion, aber eine nicht institutionalisierte und deshalb erfolgreiche. Bei allen übrigen Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist die Währungsunion hingegen ein gefährliches Unterfangen. Keines dieser Länder war und ist daran gewöhnt, eine Währungs- und Wirtschaftspolitik wie bei uns, in Österreich und den Niederlanden zu verfolgen. Wer vermag zu glauben, dass sie sich gerade jetzt, in wirtschaftlich und sozial schwierigen Zeiten, dazu aufraffen werden?

***

Alle unsere Politiker behaupten bisher, Transferzahlungen kämen nicht in Frage. Jedermann weiß, was sie bedeuten werden: höhere Steuern, um die Faulenzer, so wird es dann heißen, die an südlichen Stränden in Cafés sitzen, aus unseren Taschen zu finanzieren. Wir haben es dann nicht, wie bei der deutsch-deutschen Währungsunion, mit 17 Millionen ostdeutschen Landleuten, die jahrzehntelang unter dem Sozialismus gelitten haben, zu tun, sondern mit hundert Millionen Menschen anderer EU-Staaten, die uns weitaus ferner stehen als die Rostocker oder die Dresdner.

Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass massive Transferzahlungen in schwächere Mitgliedstaaten bei uns (wie in anderen Geberländern) alles andere als populär sein werden. Dennoch werden uns die Anhänger der Währungsunion, wenn es so weit ist, weismachen wollen, es sei besser, diese Konzessionen zu machen, als die Währungsunion auseinanderbrechen zu lassen. Wenn man, wird es dann weiter heißen, die Zerstörung der Währungsunion abwenden wolle, müsse man vorübergehend auch protektionistische Maßnahmen in Kauf nehmen.

Wir können eines Tages vor der Alternative stehen, entweder einer politischen Radikalisierung in den Mitgliedsländern der Europäischen Wäh-

rungsunion tatenlos zuzusehen, mit all den damit verbundenen Gefahren für den Freihandel und den damit wiederum einhergehenden Risiken für den Fortbestand der Europäischen Union – oder aber die innenpolitischen Spannungen in dem betroffenen Mitgliedsland der Europäischen Währungsunion durch Transferzahlungen zu mildern.

Vor diese Alternative gestellt, kann man nicht sicher sein, was als das kurzfristig geringere Übel begriffen werden wird. Man wird uns dann sagen, wenn wir den sozialen Frieden innerhalb der Euro-

„Die Währungsunion ist zu exakt jenem Erpressungsmanöver geworden, vor dem ihre Kritiker in den Neunzigerjahren gewarnt haben."

Dr. Dominik Geppert, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Bonn.

päischen Union erhalten und keine Radikalisierung fördern wollen, wenn es weder Chauvinismus noch Nationalismus, weder ideologischen Fanatismus noch gewalttätigen Extremismus geben soll, werden wir zahlen müssen. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir es hier mit einer finanziellen Zeitbombe zu tun haben, ist sehr groß. Die Bereitschaft zu Transferzahlungen wird als unvermeidbarer Preis für die erforderliche Sicherung des Binnenmarktes propagiert und begriffen werden.

***

Die Währungsunion wird daher am Ende auf ein gigantisches Erpressungsmanöver hinauslaufen. Man wird uns sagen: Wenn ihr wollt, dass die Währungsunion funktioniert und uns Europa nicht um die Ohren fliegt, dann müssen wir künftig Transferzahlungen leisten. Dass mit den Transferzahlungen aber eine steuerliche Zusatzbelastung der eigenen Volkswirtschaft einhergeht, die unsere Konkurrenzfähigkeit in einem global ausgetragenen Wettbewerb stark beeinträchtigen wird, ist offensichtlich. Ob die politische Solidarität innerhalb EU-Europas als unerlässliche Grundlage eines solchen Finanzausgleichs vorausgesetzt werden kann, muss mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Wenn man diesen Gedankengang fortführt, könnte es eines Tages auch heißen, man solle ruhig fünf, sechs oder gar zehn Prozent Inflation im Interesse des größeren Europas in Kauf nehmen.

***

Wenn wir Deutschen Währungsdisziplin einfordern, werden andere Länder für ihre finanziellen Schwierigkeiten eben diese Disziplin und damit uns verantwortlich machen Überdies werden sie, selbst wenn sie zunächst zugestimmt haben, uns als eine Art Wirtschaftspolizisten empfinden. Wir riskieren auf diese Weise, wieder das bestgehasste Volk Europas zu werden. ▲

Messe München International
20 Mal BAU –
fünf Jahrzehnte Erfolg
Die Zukunft des Bauens
BAU 2013
14.–19. Januar · München
Weltleitmesse für
Architektur, Materialien, Systeme
www.bau-muenchen.com
D Messe München GmbH · info@bau-muenchen.com
Tel. +49 89 949-11308 · Fax +49 89 949-11309

Bildungsunion Europa

Europas Jugend braucht einen gemeinsamen Lernraum

Annette Schavan

Von Europa wird in diesen Monaten viel gesprochen, allzu oft wird dabei ein Aspekt unterschlagen: Dass wir nämlich nicht nur ein Kontinent mit einer gemeinsamen Wirtschaft und einer gemeinsamen Währung sind, sondern auch mit einer gemeinsamen Geschichte und mit gemeinsamen Werten. Gerade in der aktuellen Situation, in der wir vielfach das Wiedererstarken nationaler Egoismen erleben, ist mir die Vermittlung dieser gemeinsamen Werte ein wichtiges Anliegen. Ohne unsere gemeinsame Kultur, ohne Bildung ist Europa schlichtweg nicht vorstellbar. Sie sind die Quelle, aus der wir Kraft schöpfen können für die weitere Gestaltung der EU. Schon die Staats- und Regierungschefs haben zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge erklärt: „Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen; dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt.“ Wissen und Können – ja mehr noch, die Entfaltung aller Kräfte wird möglich in den Prozessen der Bildung, dort entstehen neue Ideen, dort kommen Talente zum Zug. Darum sollten wir gerade in Krisenzeiten wie diesen deutlich mehr investieren, um gemeinsam in ganz Europa gute Voraussetzungen für Ausbildung, Studium und Weiterbildung zu schaffen.

Nach meiner Überzeugung ist jetzt der richtige Moment, um der europäischen Bildungsunion noch mehr Schwung zu geben. Das heißt, wir müssen Strukturen und Inhalte vergleichbarer und verbindlicher machen. So kann es auch leichter gelingen, die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa in den Griff zu bekommen. Sie bereitet mir große Sorgen, denn ohne rasche Fortschritte geraten wir in Gefahr, eine ganze Generation junger Menschen zu verlieren. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im März stellte die Europäische Kommission fest, dass in der EU mehr als fünfeinhalb Millionen junger Menschen im Alter zwischen 14 und 25 Jahren arbeitslos sind. Das entspricht fast einem Viertel aller Jugendlichen in der EU. Die Staats- und Regierungschefs mussten schnell reagieren. In einer gemeinsamen Anstrengung haben sie ein Finanzpaket in Höhe von 120 Milliarden Euro beschlossen. In diesem Pakt für Wachstum und Beschäftigung. sind 55 Milliarden Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) enthalten, die noch nicht in Projekten gebunden sind. 7,3 Milliarden Euro sollen davon gezielt für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt werden, sie werden voraussichtlich 460.000 Jugendlichen und 56.000 kleinen und mittleren Unternehmen zu Gute kommen.

Beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit spielt aber auch der Austausch von Erfahrungen und erfolgreichen Konzepten eine große Rolle: Deshalb werden wir die Austauschprogramme für junge Menschen weiter stark fördern. Ich nenne nur das Programm „Leonardo da Vinci“, das Menschen in der Berufsausbildung ermöglicht, Kenntnisse durch einen Auslandsaufenthalt zu vertiefen. Im vergangenen Jahr haben es rund 96.000 Jugendliche genutzt. Ähnliches gilt für die Hochschulen: Im Rahmen des Erasmus-Programms wurden 2011 rund 274.000 junge Studentinnen und Studenten bei ihrem Auslandsaufenthalt unterstützt – insgesamt profitierten bisher 2,5 Millionen junge Europäer von Erasmus, eine gewaltige Zahl. Damit dient das Programm nicht nur der persönlichen Entwicklung, die Mobilität der jungen Lernenden hilft auch wesentlich beim Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaften. Wir wollen Brücken bauen zwischen unseren Bildungssystemen, denn wer als junger Mensch Europa praktisch kennenlernt, der versteht sich später auch als Europäer. Selten zuvor war das so wichtig wie in diesen Tagen.

Nach wie vor bin ich fest davon überzeugt, dass Europa eine Erfolgsgeschichte ist. Ich bin Jahrgang 1955, mein Vater musste noch in den Krieg. →

Junge Leute aus den Euro-Krisenländern bewerben sich zunehmend um Studienplätze in West- und Nordeuropa. Die Zahl der Bewerbungen aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien ist dort im Vergleich zu 2011 um bis zu 100 Prozent gewachsen.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

EIN GEWINN FÜR ALLE
Die Genossenschaften

Gemeinsam kann man seine Ziele besser erreichen als allein. Das ist der Grundgedanke einer jeden Genossenschaft. Wussten Sie eigentlich, dass Volksbanken Raiffeisenbanken auch Genossenschaften sind? Werden Sie Mitglied und profitieren Sie als Teilhaber Ihrer Bank von der Stärke unserer Gemeinschaft. Wir beraten Sie gern. **vr-banken-bayern.de**

Volksbanken Raiffeisenbanken

Und jede Generation davor hat erlebt, wie das Wiederaufgebaute erneut zerstört wurde. Den jungen Menschen von heute sind die Errungenschaften des vereinten Europa – Frieden, Recht, Wohlstand – hingegen meist selbstverständlich. Zum Glück! Doch müssen wir uns immer wieder daran erinnern, wie schwer das Zustandekommen

Grenzen verschwinden: Immer mehr junge Europäer studieren gemeinsam und schaffen damit nicht nur eine gute Grundlage für ihre eigene Zukunft, sondern auch ein stabiles Fundament für Europa.

dieser Errungenschaften war und dass wir uns für ihren Fortbestand immer wieder einsetzen müssen. Europa wächst nicht von allen zusammen. Die Union mit ihrem einzigartigen Integrationsmodell ist immer wieder neu herausgefordert. Wir müssen das Gefühl des Zusammengehörens pflegen, wir müssen die Solidarität unter uns Europäern ebenso stärken wie die Bereitschaft, die großen aktuellen Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Gerade jetzt.

Darum war die deutsch-spanische Ausbildungskonferenz in diesem Sommer in Stuttgart ein so großer Erfolg. Gemeinsam haben wir uns mit den Schritten beschäftigt, die erforderlich sind, um das spanische Berufsbildungssystem in Richtung eines dualen Systems weiter zu entwickeln. Es geht darum, bestimmte Prinzipien der dualen Ausbildung, wie das Lernen im Prozess der Arbeit, die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat sowie die Qualifizierung von Bildungspersonal in das spanische System zu integrieren. Ich bin mir sicher, dass von dieser Kooperation mit Spanien Impulse für weitere EU-Staaten ausgehen können. Schon beim Bologna-Prozess wurde bezogen auf die Hochschulen ein gemeinsamer europäischer Lernraum geschaffen. Warum sollten wir das nicht auch bei der Ausbildung ins Auge fassen?

Die Ausbildung zugleich in Schule und Unternehmen ist die moderne Antwort auf die schnelle Veränderung unseres Lebens. In Deutschland sind wir stolz auf unser duales Berufsbildungssystem. Wir haben gelernt, dass berufliche Ausbildung nicht allein Sache der Schulen ist. Sie braucht, wo immer möglich, die Partnerschaft mit Unternehmen. Ihr Schwerpunkt liegt im Betrieb – und das ist die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit und hilft jungen Menschen, einen guten Übergang in den Beruf zu finden. Nicht zuletzt unserem Berufsbildungssystem ist es zu verdanken, dass auch in den vergangenen Jahren nur vergleichsweise wenige Jugendliche in Deutschland ohne Arbeit geblieben sind, nämlich 7,9 Prozent. Den Schulabgängern ist das bewusst: Mehr als fünfzig Prozent von ihnen wählen in Deutschland einen Ausbildungsberuf, rund zwanzig Prozent davon tun dies trotz einer Zugangsberechtigung zur Hochschule.

Nicht zuletzt kommt die Wirtschaft durch die duale Ausbildung zu exzellenten Fachkräften, die allein schon wegen des demografischen Wandels zunehmend knapper werden. Auch hier kann der europäische Bildungsraum helfen: Er gibt Jugendlichen aus Südeuropa eine Perspektive im Norden Europas und kann zum gegenseitigen Nutzen Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsplätzen ausgleichen. Die Erfahrung mit der Migration zeigt, dass Fachkräfte häufig nach einigen Jahren der Berufstätigkeit wieder in ihr Heimatland zurückkehren und mit ihren im Ausland erworbenen Qualifikationen gute Berufsperspektiven vorfinden. Um hier noch schneller voranzukommen, sollten wir die Rahmenbedingungen für Mobilität verbessern. Zum Beispiel durch die EURES-Datenbank, die Arbeitsplätze vermittelt. Das Programm unterstützt sowohl Jugendliche bei der Suche nach einem Arbeitsplatz als auch Unternehmer bei der Anwerbung junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus ganz Europa. Es ist mein Wunsch, dass das EURES-Portal zu einem echten europäischen Arbeitsvermittlungsinstrument ausgebaut wird und auch die Vermittlung freier Ausbildungsplätze einschließt. Europa muss für Ausbildungssuchende noch attraktiver werden. Es liegt in der Hand der Mitgliedstaaten, mit Sprachkursen und Qualifizierungsmaßnahmen oder auch mit der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen diese Entwicklung voranbringen.

Bildung und Ausbildung haben nicht nur eine herausragende Rolle bei der Verwirklichung individueller Lebenschancen. Bildung stiftet Identität und fördert das Zusammenwachsen Europas. Darum wollen wir künftig deutlich mehr Auszubildende in andere europäische Länder schicken und von dort bei uns aufnehmen. Gerade weil wir derzeit nicht nur mit der Überschuldung von öffentlichen Haushalten ringen, sondern auch mit einem demographischen und geopolitischen Wandel, der die Sicherung unseres Wohlstandes und des sozialen Friedens zusätzlich auf den Prüfstand stellen könnte, und weil wir uns im globalen Wettbewerb nur gemeinsam behaupten können, wollen wir Mobilität und Freizügigkeit in Europa fördern. Der europäische Bildungs- und Hochschulraum muss gerade jetzt weiter an Dynamik gewinnen. ▲

Dr. Annette Schavan ist seit 2005 Bundesministerin für Bildung und Forschung. Zuvor war die CDU-Politikerin 10 Jahre lang Ministerin für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg. 1955 in Jüchen (NRW) geboren, studierte sie Erziehungswissenschaften, Philosophie und katholische Theologe in Bonn und Düsseldorf. Gegen Vorwürfe, ihre Doktorarbeit von 1980 zum Thema „Person und Gewissen“ enthalte Plagiate, wehrt sich die Ministerin entschieden.

Kurz gemeldet

Gesellige Bayern

Was sich gut macht fürs Klischee ist auch Realität: Die Bayern sind gesellig und genießen das Zusammensein mit Gleichgesinnten. Dies ergibt eine Statistik des bayerischen Justizministeriums, wonach sich die Zahl der Vereine im Freistaat seit 1990 fast verdoppelt hat – von 47.000 auf nunmehr 85.000. Über 1,7 Millionen Bayern sind Mitglied in einem Verein, jeder Zehnte davon pflegt bayerische Tradition in einem Trachtenverein. Auch bei der Jugend erfreut sich die Tracht einer Renaissance, was nicht zuletzt wieder beim Münchner Oktoberfest zu erleben war. „Vereine sind Orte für ein Miteinander", so Justizministerin Beate Merk, „Sie bieten Raum das Engagement für die eine Sache, für den ehrenamtlichen Einsatz für andere, für die Pflege von Brauchtum und Tradition oder einfach nur für Spaß in der Gruppe." ■

Wer ist Merkel?

Politikverdrossenheit, so die gängige Meinung, ist die hauptsächliche Ursache dafür, dass die Zahl der Nichtwähler zur inzwischen „größten Partei" angewachsen ist. Die Konrad-Adenauer-Stiftung fühlte unmittelbar nach der Bundestagswahlen 2005 und 2009 den Wahlverweigerern auf den Puls und kam zu überraschenden Ergebnissen: Nicht Enttäuschung über, sondern Desinteresse an der Politik ist das Motiv von über zwei Dritteln aller Nichtwähler. Nur jeder Zehnte bekundete starkes Interesse an der Politik. Entsprechend gering sind die politischen Kenntnisse. 2005 konnten sich wenige Tage nach dem Wahltag nur noch 26 Prozent der Nichtwähler daran erinnern, dass Angela Merkel für die CDU und Gerhard Schröder für die SPD angetreten waren. „Noch pessimistischer muss uns die Tatsache stimmen, dass auch ein zweites Vorurteil über Nichtwähler unzutreffend ist", meint Studien-Leiter Michael Borchard. Nicht allein die Bildungsfernen meiden die Urne, es ist vielmehr ein Querschnitt der Bevölkerung. Borchard: „Das Desinteresse an der Politik ist ein Breitenphänomen." ■

Gemeinsam gegen Extremismus

Während das Mohammed-Schmähvideo weltweite teils gewalttätige Proteste hervorrief, trafen sich in München 25 Vertreter islamischer und alevitischer Gemeinden und legten ein Bekenntnis zum Grundgesetz sowie zur Bayerischen Verfassung und gegen „religiösen wie politischen Extremismus" im In- und Ausland ab. Sie waren der Einladung des Integrationsbeauftragten der bayerischen Regierung, dem CSU-Landtagsabgeordneten Martin Neumeyer, gefolgt. In einer gemeinsamen Resolution bekennen sie sich „unwiderruflich zum säkularen Charakter unseres Staatswesen" und lehnen jede Form der Gewaltanwendung als Mittel des politischen, gesellschaftlichen und familiären Umgangs" ab. „Wir haben von Gläubigen zu Gläubigen geredet", betont der bekennende Christ Neumeyer. „Und uns eint das Bestreben, in Bayern politischen und religiösen Randgruppen schon präventiv den Nährboden für Konflikte zu entziehen." ■

Verschont die Kleinen

Große Banken, bei deren Scheitern Volkswirtschaften in Gefahr geraten, müssen strenger reguliert werden. Darüber besteht weithin Einigkeit. Doch der Plan von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier, über 6.000 Banken in Europa, und damit auch alle kleinen Sparkassen und Volksbanken, einer zentralen Bankenaufsicht zu unterstellen, findet auch bei der Mehrheit der Bürger keine Zustimmung. Eine pauschale Regulierung aller Banken treffe eher die Falschen, meinten bei der Umfrage des Genossenschaftsverbands Bayern 67 Prozent der Befragten, 55 Prozent befürchten, dass vor allem regionalen Institute wie Volks- und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen benachteiligt würden. Sie sehen dadurch die Finanzdienstleistungen im ländlichen Raum in Gefahr. ■

Denkste:

„Muß Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen? Ein ganz klares Nein! Der Maastrichter Vertrag verbietet ausdrücklich, daß die Europäische Union oder die anderen EU-Partner für die Schulden eines Mitgliedstaates haften. Mit den Stabilitätskriterien des Vertrags und dem Stabilitätspakt wird von vornherein sichergestellt, daß die Nettoneuverschuldung auf unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt wird. Die Euro-Teilnehmerstaaten werden daher auf Dauer ohne Probleme ihren Schuldendienst leisten können. Eine Überschuldung eines Euro-Teilnehmerstaats kann daher von vornherein ausgeschlossen werden." *CDU-Wahlaussage Ende der Neunzigerjahre*

Zur nächsten Wiesn

Berlin strebt nach Großer Koalition – keine Wechselstimmung in Bayern

Helmut Jung

In einem Jahr – vermutlich zwischen Ende September und Mitte Oktober – findet die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag statt, kurz davor, am 15. September, werden in Bayern die Abgeordneten für den Landtag neu gewählt. Auch wenn diese Landtagswahl, wie von der CSU angestrebt, einige Wochen vor der Bundestagswahl stattfinden sollte, werden voraussichtlich Bundespolitik und Eurokrise weit vor den Landesthemen im Mittelpunkt stehen.

Spielen aber im Herbst 2013 die Dauerkrise und die befürchteten Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt eine dominierende Rolle, haben die beiden Unionsparteien, denen bei wirtschafts- und finanzpolitischen Themen deutliche Kompetenzvorsprünge zugeschriebenen werden, auf Bundes- wie auf Landesebene einen erheblicher Vorteil. Allerdings nur, wenn es gelingt, die Themenhoheit mit Krisen- und Wirtschaftsthemen zu bewahren und eine breite Debatte über soziale Gerechtigkeit zu vermeiden und das ohne Not losgetretene Thema der Mindestrente rechtzeitig abzuräumen. →

Das Fortdauern der Euro-Krise dürfte nach den bisherigen Erfahrungen die Wahlchancen der Unionsparteien auf Bundes- und Landesebene eher noch vergrößern, denn die meisten Wähler wollen in stürmischen Zeiten auf hoher See nicht den Kapitän wechseln („Rallye around the flag"-Effekt), insbesondere dann nicht, wenn der ihrer Meinung nach seine Sache bisher gut gemacht hat.

Schwierig wird es auf Bundesebene für die Oppositionsparteien auch in personeller Hinsicht. Die SPD verfügt zwar aus Wählersicht über ein ähnlich breites und gut akzeptiertes Angebot an Spitzenpolitikern wie die CDU wird aber 2013 wohl keinen eindeutigen, als „kanzlerfähig" eingeschätzten Favoriten mit ebenfalls hoher Akzeptanz bei den derzeitigen Regierungswählern aufbieten können.

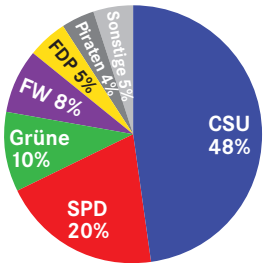
Die Wähler erwarten deshalb momentan, dass die Union ihr Ergebnis von 2009 halten oder sogar noch leicht verbessern kann. Doch anders als 2009 fehlen der Union die Deckungsbeiträge der FDP für eine Regierungsmehrheit. Nach dem Erstarken der Piraten können jedoch auch SPD und Grüne in den Umfragen schon längere Zeit keine eigenständigen rot-grünen Mehrheiten mehr erzielen. Die Grünen stagnieren deutlich unter ihren Bestwerten um 20 Prozent, die sie vor dem allgemeinen Atomausstieg erreicht hatten, und die SPD konnte bisher nicht dauerhaft den Sprung über die 30-Prozent-Marke schaffen. Doch erst ein SPD-Ergebnis von mehr als 33 bis 34 Prozent würde Rot-Grün wieder möglich machen, falls die Grünen ihrerseits 14 bis 15 Prozent beisteuern können. Was aber selbst dann kaum reichen würde, wenn Linke und Piraten über die Fünf-Prozent-Hürde kommen.

Angesichts dieser Stimmungslage gerät im Bund eine Große Koalition wieder zunehmend ins Blickfeld der Wähler. 54 Prozent fänden sie gut, 45 Prozent halten sie nach der Bundestagswahl als die wahrscheinlichste Variante.

Auch auf der Landesebene ist die Ausgangslage für die CSU ein Jahr vor der Wahl im Gegensatz zu ihrem Koalitionspartner FDP positiv. Nicht nur wegen bundespolitischer Rahmenbedingungen, sondern auch aus eigener Kraft konnte sich die CSU nach der desaströsen Landtagswahl 2008 mit 43 Prozent und dem Verlust der Alleinregentschaft wieder in einem Korridor von 45 bis 47 Prozent dauerhaft verbessern. Das weckt bei Ministerpräsident Horst Seehofer und seinen Parteifreunden wieder die noch vage Hoffnung auf eine Regierung ohne Koalitionspartner.

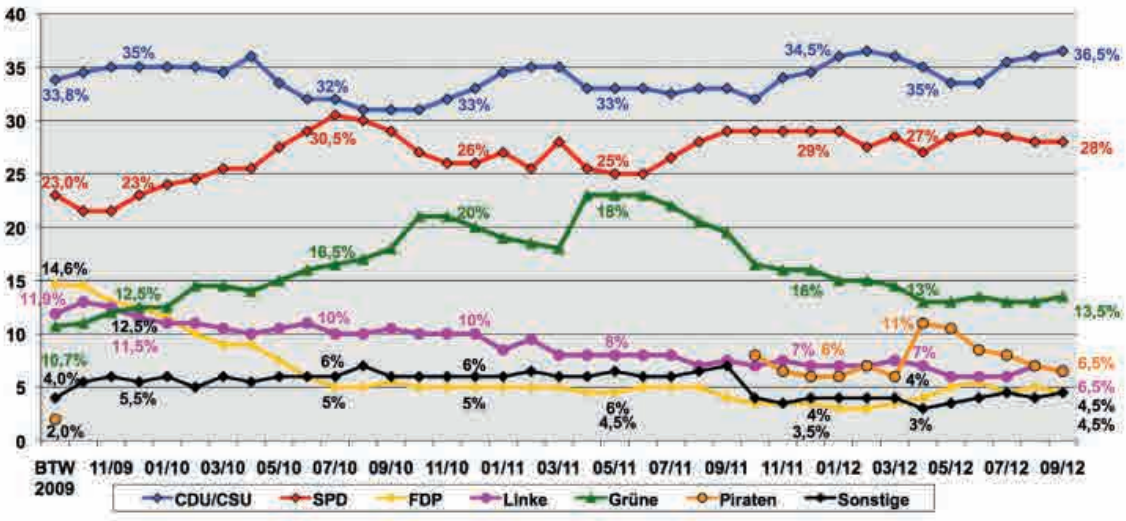
Immerhin lassen die Umfrageergebnisse der letzten Monate eine knappe absolute Mehrheit der Mandate für die CSU als durchaus möglich erscheinen. Für eine relativ sichere absolute Mandatsmehrheit benötigt die CSU nach dem derzeitigen Stand die in den jüngsten Umfragen erzielten 47 Prozent. Für diese verbesserte Ausgangslage der CSU gibt es nach Meinung der Wähler eine Reihe von Gründen. Dazu gehört, dass Problemthemen wie Rauchverbot, Transrapid oder Pendlerpauschale, die die CSU bei der Landtagswahl vor vier Jahren belastet haben, weggefallen sind. Hinzu kommen der für bürgerliche Wähler wichtige Eindruck zurückgewonnener Einigkeit und Geschlossenheit sowie nach zwei raschen, irritierenden Führungswechseln die größere personelle Kontinuität. Zudem vermittelt die Partei in ihrer Politik den Eindruck von mehr Berechenbarkeit, Konsequenz und klarer Linie, während die Mehrheit der Befragten bei den anderen Parteien keine personeller und sachpolitischer Alternativen wahrnimmt. Weil es zudem an brennenden landespolitischen Themen fehlt, ist es den Oppositionsparteien kaum möglich, sich als landespolitische Alternative zu positionieren.

Wenn auch die Eurokrise voraussichtlich schon wegen der zeitlichen Nähe der Landtags- zur Bundestagswahl die Landespolitik stark überlagern wird, zeigen die Bürger dennoch hohes Interesse →



Nach der jüngsten GMS-Umfrage liegt die CSU mit 48 Prozent klar von. Zudem wollen 56 Prozent der Bayern Horst Seehofer weiterhin als Ministerpräsidenten, nur 36 Prozent plädieren für SPD-Herausforderer Christian Ude.

Der farbige Fahrplan des Wählerwillens



Mittelwerte aus den Projektionen der sechs führenden Meinungsforschungsinstitute: GMS, Infratest dimap, FGW, IfD Allensbach, Emnid und Forsa

Die Prozentzahlen sind jeweils die Mittelwerte aus den Sonntagsfragen des sechs führenden Meinungsforschungsinstitute Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, GMS und Infratest dimap.

Das politische Zeugnis der Bayern

	Lösungskompetenz					
	CSU	SPD	FDP	Grüne	Freie Wähler	Keine Partei / w. n.
Den Wirtschaftsstandort Bayern sichern	71 (73)	9 (6)	4 (4)	3 (2)	1 (0)	10 (13)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	58 (56)	18 (13)	4 (7)	3 (3)	2 (0)	13 (19)
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	57 (53)	14 (11)	2 (7)	3 (4)	2 (0)	20 (23)
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	48 (42)	22 (17)	5 (7)	6 (8)	2 (0)	15 (23)
Für Familien und eine gute Kinderbetreuung sorgen	42 (37)	25 (21)	3 (6)	10 (11)	2 (1)	15 (21)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	35 (34)	34 (27)	5 (6)	6 (8)	3 (0)	15 (21)
Die Energiewende voranbringen	32	9	3	40	1	13
Die wichtigsten Probleme in Bayern lösen	**57 (53)**	**14 (11)**	**1 (3)**	**4 (5)**	**2 (1)**	**20 (25)**

Quelle: Infratest dimap Ländertrend Bayern, Januar 2012. In Klammern die Vergleichswerte von Januar 2011.

Das riecht nicht nach Wechselstimmung: Die große Mehrheit der Bayern sieht den Freistaat in bewährten Händen. Nur bei der Energiewende trauen sie den Grünen mehr zu als der CSU.

an einigen zentralen landespolitischen Themen, wie die Erhaltung der Vorrangstellung Bayerns (Wirtschaft, Arbeitsplätze), eine solide Finanzpolitik, Schule und Bildung sowie Familie und Kinderbetreuung.

Als großes Problem für Seehofer-Herausforderer Christian Ude zeigt sich, dass der CSU in nahezu allen Politikfeldern die Lösungskompetenz deutlich vor allen anderen Parteien zugeschrieben wird. Ausnahmen sind nur die Energiewende und die Beachtung der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb trauen 57 Prozent der CSU die Lösung der wichtigsten politischen Zukunftsaufgaben zu, aber gerade mal 14 Prozent der SPD.

Auch im Hinblick auf das personelle Angebot ist die CSU aus Wählersicht weiterhin den anderen Parteien überlegen. Dies gilt nach dem verflogenen „Ude-Hype“ auch für den SPD-Kandidaten. Zum einen hat in den letzten Umfragen die Zufriedenheit mit der Arbeit von Horst Seehofers deutlich zugenommen. Zum anderen erfolgte Udes Nominierung zu einem Zeitpunkt, als dieser primär durch sein Image als langjähriger, sympathischer und über die Grenzen Münchens hinaus populärer Oberbürgermeister punkten konnte. Erfahrungsgemäß beschäftigen sich die Wähler aber erst mit näher rückendem Wahltermin intensiver mit der zur Debatte stehenden Alternative. Erst dann machen sie auch ihre Entscheidung an solchen Kriterien fest, die für das Amt des Ministerpräsidenten als wichtig angesehen werden.

Wenn die CSU ihr Ergebnis im nächsten Jahr auf 46 bis 47 Prozent verbessern kann, ist das dennoch keine Garantie für eine absolute Mehrheit der Mandate, die für eine Alleinregierung notwendig wäre. Sollte diese Mehrheit knapp verfehlt werden und die anhaltend geschwächte FDP an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, muss Horst Seehofer nach einem neuen Koalitionspartner Ausschau halten. Dabei bevorzugen die Bayern eine Große Koalition („wäre gut“ sagen 43 Prozent) oder eine Koalition von CSU und Freien Wählern (40 Prozent). Während sich 37 Prozent eine CSU-Alleinregierung wünschen, findet eine Koalition aus SPD, Grünen und Freien Wählern mit 32 Prozent eine deutlich geringere Zustimmung, zumal sie nach dem derzeitigen Stand auch noch auf Tolerierung durch die Piraten angewiesen wäre.

Der Medienhype nach der Selbstnominierung von Christian Ude und die aufscheinende Möglichkeit einer Dreier-Koalition aus SPD, Grünen und Freien Wählern sind zwischenzeitlich verflogen. Der SPD-Kandidat ist nach dem ersten Jahr seiner Kandidatur in den Mühen der Ebene angekommen und konnte bisher keine Alternativen für eine bessere Bayern-Politik präsentieren.

Udes Hoffnungen auf einen Regierungswechsel werden auch dadurch gedämpft, dass in Bayern keine Anzeichen einer Wechselstimmung zu erkennen sind. Im Gegenteil, gerade in Bayern wird die CSU mehrheitlich noch immer als die stärkste und leistungsfähigste politische Kraft angesehen. Man will sie mit klarer Mehrheit unbedingt mit im Regierungsboot und da sogar in der Hauptverantwortung sehen. Letzteres zwar deutlich seltener als früher allein, aber entsprechend häufiger zusammen mit einem Koalitionspartner. Allerdings man nähme mehrheitlich auch eine absolute CSU-Mehrheit billigend in Kauf, so lange sie nicht offiziell angestrebt und als Wahlkampfziel verkündet wird. ▲

Dr. Helmut Jung ist geschäftsführender Gesellschafter des Hamburger Meinungsforschungsinstituts GMS. Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler gilt als einer der führenden Experten der Politikforschung. Der gebürtige Kölner berät Parteien im Bund und in fast allen Ländern.

Hanseaten-Doppel

Zwischen Peer Steinbrück und Helmut Schmidt gibt es verblüffende Parallelen

Karikatur: Horst Haitzinger

Hugo Müller-Vogg

Endlich! Endlich haben die Sozialdemokraten einen Kanzlerkandidaten. Peer Steinbrücks plötzliche Nominierung war nicht gerade eine meisterliche Inszenierung; sie glich eher einer Notoperation. Parteichef Sigmar Gabriel überkam da das Bedürfnis, das ziemlich chaotische Ende der Troika mit einem Scherz zu verniedlichen: Es sei wie immer in der SPD: „Helmut Schmidt hat Recht." →

© Hoffmann und Campe

Schachmatt: Helmut Schmidt (r.) war bei Wahlen kein Stimmenfänger. Und Peer Steinbrück hat bislang noch keine Wahl gewonnen.

Die Bayern mögen Merkel: Nach einer aktuellen GMS-Umfrage würde sich bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers 53 Prozent für Angela Merkel entschieden, nur 36 Prozent für Peer Steinbrück.

In der Tat: Der Ex-Kanzler und passionierte Weltenerklärer hatte seinen Freund Steinbrück bereits vor mehr als einem Jahr zum Merkel-Herausforderer ausgerufen. Seitdem hoffen viele Sozialdemokraten, mit dem Finanzexperten Steinbrück das bürgerlich-mittelständische Publikum begeistern zu können.

Tatsächlich gibt es verblüffende Parallelen zwischen Schmidt und seinem Zögling Steinbrück. Die gehen weit über das gänzlich unhanseatisch Zur-Schau-Stellen ihres Hanseatentums hinaus.

Steinbrück ist wie Schmidt ein begnadeter Redner: intelligent, scharfzüngig, schlagfertig. Ihm kommt ebenso der norddeutsche Zungenschlag zugute. Durch ihn klingen – anders als in schwäbischer oder niederbayerischer Intonierung – selbst Binsenweisheiten wie ewige Wahrheiten.

Beide zeichnen sich durch ein Selbstbewusstsein aus, das die Grenze zur Überheblichkeit häufig überschreitet. Wie einst Schmidt fühlt sich Steinbrück den politischen Gegnern haushoch überlegen; die biederen SPD-Funktionäre nehmen beide ohnehin nicht ernst.

Wer so sehr von sich überzeugt ist, hat für andere meist nur Hohn und Spott übrig. Das führt zu der Neigung, Andersmeinende, die sich partout nicht überzeugen lassen, wenigstens noch zu beleidigen (Franz-Josef Strauß war ähnlich veranlagt). Sollte Steinbrück also Kanzler werden, er würde sich in kürzester Zeit – wie das bei Schmidt der Fall war – den Titel „Abkanzler“ verdienen.

Wer sich für überdurchschnittlich gut hält, fühlt sich schnell unterbezahlt. Schmidt hat in seiner Zeit als Minister und Kanzler häufiger über exorbitant hohe Manager-Gehälter geklagt (was übrigens auch Helmut Kohl oft tat). Steinbrück wiederum war sehr verärgert, dass er zwischen 2005 und 2009 ohne Bundestagsmandat war und im Gegensatz zu den Kabinettskollegen auf die Diäten verzichten musste.

Kein Wunder also, dass beide sich nach dem Verlust ihrer Ämter ans Geldverdienen machten und als Vortragsreisende und Autoren das betrieben, was linke Sozialdemokraten als Profitmaximierung verabscheuen. Pech für den Unternehmer Steinbrück, dass es ihn jetzt wieder zurück in die Politik zieht. Da werden fünfstellige Honorare ganz anders bewertet als bei dem echten Polit-Rentner Schmidt.

Schmidts Kanzlerschaft war von Anfang an beeinträchtigt durch das Misstrauen, das ihm vom linken Flügel der Partei entgegenschlug. Kurz vor seiner Abwahl im Herbst 1982 las er in der SPD-Bundestagsfraktion den eigenen Linken die Leviten. Wer mehr Geld zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeben wolle, der müsse entweder mehr Schulden machen oder „noch viel tiefer in die Sozialleistungen reinschneiden“, dozierte er. Aber mehr Schulden wollte Schmidt nicht verantworten und „die zweite Möglichkeit scheitert an Euch“.

Bei Steinbrück ist das nicht anders. Nach der verlorenen Bundestagswahl 2009 warf er den „Heulsusen“ in den eigenen Reihen vor, sich nicht zur Agenda-Politik bekannt zu haben, nicht stolz gewesen zu sein auf die eigenen Erfolge. Schon zeichnet sich ab, dass die Partei ihrem Kandidaten nicht die „Beinfreiheit“ zugestehen wird, die er seiner Meinung nach braucht, wenn er der Union Wähler abjagen will.

Steinbrück wird von einem Teil der Medien bescheinigt, er könne tief in bürgerliche Wählerschichten eindringen. Das soll angeblich auch seinem Idol und Förderer Helmut Schmidt gelungen sein. Die Wirklichkeit ist eine andere: Auf die bürgerliche Mitte wirkte Steinbrück 2005 bei seiner Abwahl als NRW-Ministerpräsident und 2009 bei seiner Niederlage im Bundestagswahlkreis Mettmann I nicht besonders anziehend.

Aber da unterscheidet er sich nicht von Schmidt, obgleich politische Märchenerzähler anderes verbreiten. Mit Kanzler Schmidt verlor die SPD 1976 gegen Helmut Kohl und die CDU 3,2 Prozentpunkte. Vier Jahre später gelang dem angeblichen Stimmenfänger Schmidt gegen Franz-Josef Strauß ein sehr bescheidenes Plus von 0,3 Prozentpunkten.

Denn eines sollte man bei den Steinbrück-Schmidt-Vergleichen und den daraus abgeleiteten Erwartungen nicht übersehen: Der „Weltökonom“ Schmidt wurde in mittelständischen, bürgerlichen Kreisen sehr geschätzt – aber eben nicht gewählt. Begründung: „Leider in der falschen Partei“. So könnte es auch Steinbrück ergehen. ▲

Foto: Laurenze Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der FAZ und arbeitet als Publizist in Berlin, u. a. als Kolumnist für BILD. Mehr über unseren Autoren unter www.hugo-mueller-vogg.de

Globaler Netz-Werker

Mit Kathrein-Antennen aus Rosenheim sieht und hört die Welt

Der Fernsehturm, das neue Wahrzeichen der turkmenischen Hauptstadt Ashgabat, wird gekrönt von einem Produkt aus Rosenheim: Der mächtigen Hightech-Antennenanlage von Kathrein.

© 2012 / KATHREIN-Werke KG, Rosenheim

Marianne E. Haas

Seine Fröhlichkeit ist einfach entwaffnend. Denn Anton Kathrein ist immer gut gelaunt – zumindest in der Öffentlichkeit – und hat für jeden, den er trifft, stets ein paar freundliche Worte parat. Dabei müsste der Geschäftsführende, persönlich haftende Gesellschafter der Kathrein-Werke in Rosenheim eigentlich ein gestresster Manager sein, möchte man meinen. Immerhin ist er Chef eines riesigen Imperiums mit weltweit 62 Tochtergesellschaften und 7000 Mitarbeitern – und nebenbei noch Professor an zwei Hochschulen. →

Kathrein ist der älteste und größte Antennenhersteller der Welt. Gegründet wurde das Unternehmen 1919 von dem Rosenheimer Elektrotechniker Anton Kathrein senior.

© 2012 / KATHREIN-Werke KG, Rosenheim

In den Kathrein-Werken (hier eines von vier in Rosenheim) sind weltweit 7000 Mitarbeiter beschäftigt.

Gut 200 Tage im Jahr ist Kathrein geschäftlich in der ganzen Welt unterwegs. 350 000 Flugkilometern im Jahr. Ist er in Deutschland, agiert er von Werk I aus, wo er in der einstigen Elternwohnung sein Büro eingerichtet hat. Dann hetzt er von Termin zu Termin, vor allem auch für seine zahlreichen Ehrenämter. Er lehrt als Honorarprofessor an der Fachhochschule Rosenheim und an der rumänischen Universität Timisoara, ist Vizepräsident der IHK für München und Oberbayern und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Vorsitzender der Landesstelle Bayern im Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie (ZVEI), Vizepräsident des deutschen ZVEI, Stadtrat der Freien Wähler und 3. Bürgermeister in seiner Heimatstadt Rosenheim.

„Meine Frau war allein erziehende Ehefrau“, sagt Kathrein lachend. Für Tochter Julia (24), die noch studiert, und Sohn Anton (28) hatte er nur wenig Zeit. Umso mehr freut er sich, dass Anton jun. kürzlich sein Elektroingenieur-Diplom von der Technischen Hochschule Karlsruhe mit der Spitzennote 1,3 überreicht bekam. Und natürlich ist er froh, dass der junge Diplom-Ingenieur seit September als Mitarbeiter in der Kathrein-Gruppe den gemeinsamen Antennenentwicklungs- und Produktionsbereich mit Ericsson und damit ein Finanzvolumen im mehrstelligen Millionenbetrag verantwortet – und eines Tages seine Nachfolge antreten wird. Doch das wird nicht leicht, denn die Fußstapfen des Vaters sind sehr groß. Und der 61-jährige promovierte Betriebswirt denkt vorerst noch gar nicht ans Aufhören. „Ich könnte mir vorstellen, dass ich vielleicht in zehn Jahren in Ruhestand gehe“, sagt er nicht so recht überzeugend, „Es gibt noch so viele Bereiche, in denen wir uns verstärkt engagieren wollen.“ Entscheidungen trifft er noch immer gerne allein.

Nach dem Tod seines Vaters 1972 musste der damals 21-jährige Student das Unternehmen übernehmen. In den nun vier Jahrzehnten hat er es zum größten Antennenbauer der Welt ausgebaut. Erwirtschafteten damals knapp 1000 Beschäftigte 52 Millionen D-Mark Umsatz, so erzielen heute etwa 7000 Mitarbeiter weltweit einen Umsatz von 1,4 Milliarden Euro und produzieren mehr als 4500 Produkte. Darunter sind Antennensysteme für Mobilfunknetze rund um den Erdball, Flugfunk, Navigation, Satelliten-Empfangsanlagen, Empfangsantennen für Rundfunk und TV, Breitbandkommunikationssysteme für Kabelnetze, professionelle Sendeantennensysteme für Rundfunk und Fernsehen, Autofunk- und Autoantennen. Unter den Kunden sind Sendeanstalten, Kfz-Premiummarkenhersteller, internationale Netzbetreiber und der Fachhandel. Allein von diesem werden jährlich rund 10 000 Mitarbeiter in Rosenheim geschult, wo eine Straße, und ein Sportstadion den Namen Kathrein tragen. Trotz des Milliarden-Umsatzes fühlt er sich als Mittelständler, den Gang an die Börse plant er nicht: „Ist für uns kein Thema.“

Es ging allerdings nicht immer alles glatt, auch Krisen mussten bewältigt werden. Zum Beispiel in den 70-er Jahren, als Banker auf eine Kreditanfrage meinten, Antennen würden nicht mehr gebraucht, das Unternehmen sei daher nicht mehr überlebensfähig. Das brachte ihn auf die Idee, eine eigene Privatbank zu gründen. Mit drastischen Sparmaßnahmen, guten Produkten und der eigenen Bank war die Krise rasch überwunden. Die Banklizenz gab er allerdings vor vier Jahren zurück, weil die Auflagen für Kreditinstitute immer stärker und die Anforderungen an die EDV immer teurer wurden. Heute wickelt ein Inhouse-Institut die Finanzgeschäfte des Unternehmens ab. „Da haben wir keine Auflagen mehr, können sauber arbeiten und sind in der Gewinnzone.“

Wenig Freude bereitete ihm auch der Einstieg beim angeschlagenen Nürnberger Elektrokonzern Grundig, der bald darauf pleiteging. „Das Unternehmen könnte heute noch existieren“, ist Kathrein über-

© 2012 / KATHREIN-Werke KG, Rosenheim

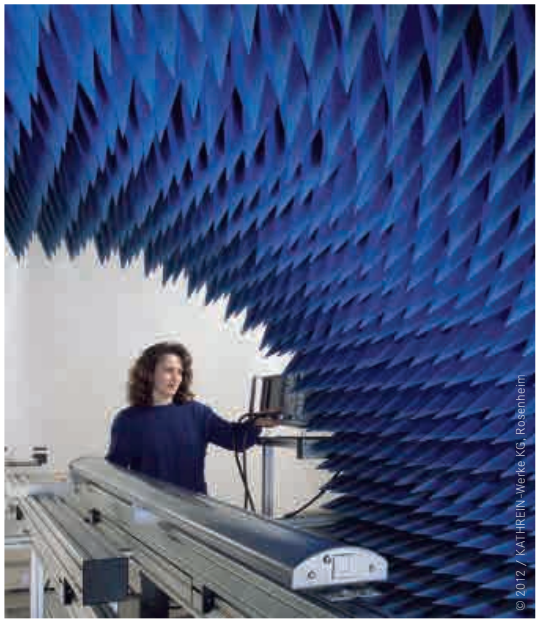
Die „Hinterberger Musikanten“ aus Nußdorf begleiten Anton Kathrein (links vorn) auf manchen Reisen. Wie bei dieser Delegationsreise kürzlich in die Niederlande, als der Rosenheimer Unternehmer an der Seite von Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil (Mitte) für bayerische Produkte warb.

zeugt und macht unter anderem Banken und Konkursverwalter für das Scheitern verantwortlich, das ihn immer noch schmerzt.

Anton Kathrein strebt nicht nur die wirtschaftliche Marktführerschaft an, sondern vor allem die technische. „Aber das wollen wir nicht nur, die haben wir bereits“, sagt er stolz. Dafür erhält die Kathrein-Gruppe Jahr für Jahr Preise. Wie im vergangenen Jahr das renommierte Qualitätssiegel „Red dot award“ für die Basisstations-Antenne AIR, dem weltweit ersten Antennen-Serienprodukt, das Antenne und Funktionseinheit der Basisstation integriert. „Das war ein technologischer Durchbruch, eine Energieeinsparung von rund 40 Prozent und eine 50 Prozent höhere Datenrate als bei konventionellen Systemen“, freut sich der Firmen-Boss. Bei Warentests und Kundenbefragungen liegen Kathrein-Produkte meist vorn.

„Heute wird die Kommunikation immer mehr vom Zusammenspiel zwischen Mensch und Technik geprägt. Technologien im Dienste des Menschen weiter zu entwickeln, das verstehen wir unter Fortschritt“, stellt Kathrein fest. „Fortschritt für Gesellschaft und Kultur.“ Sein Haus ist daher auch begehrter Partner bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten. So fördert beispielsweise der Stiftungsrat der Bayerischen Forschungsstiftung mit 500 000 Euro das Projekt „Effizienter Breitband-Leistungsverstärker“, das vom Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen in Erlangen, der Hochschule Rosenheim, den Kathrein-Werken und von Rohde & Schwarz in München gemeinsam durchgeführt wird.

In den Entwicklungsabteilungen der Kathrein-Gruppe forschen und entwickeln mehr als 450 Ingenieure und Techniker. Rund zehn Prozent des Umsatzes werden jährlich für diese Abteilungen aufgewendet. „Die Dynamik der Märkte, in denen wir uns bewegen, verlangt eine hohe Innovationsrate.“ 60 Prozent des Kathrein-Umsatzes werden mit Produkten erzielt, die nicht älter als zwei Jahre sind.


© 2012 / KATHREIN-Werke KG, Rosenheim

Antennen im Prüflabor

Auf wissenschaftlicher Ebene arbeitet Kathrein mit einer Reihe von Fachhochschulen und Technischen Universitäten zusammen, darunter ist auch das Kathrein-Institut im rumänischen Timisoara. Umso mehr bedauert er, dass der Markt für Ingenieure und Fachkräfte praktisch leergefegt ist. „Wir können zurzeit zirka 100 Stellen nicht besetzten. Der Fachkräftemangel hat uns schon erreicht.“ Kathrein musste bereits Umsatzverluste hinnehmen, „da wir einige neue Projekte nicht in Angriff nehmen konnten, weil uns einfach die Fachkräfte dafür fehlen“.

Auch deshalb spielt die Aus- und Weiterbildung im Unternehmen eine große Rolle. 28 Azubis haben im September ihre Lehrzeit begonnen, insgesamt beschäftigt die Gruppe derzeit 370. Weil für Kathrein Bildung ganz besonders wichtig ist, belohnt er Rosenheimer Schüler mit einem Notendurchschnitt von mindestens 1,5 mit einem ordentlichen Geldbetrag. Mit 1,6 Millionen Euro ist Kathrein auch der großzügigste Sponsor der Rosenheimer Hochschule, die ihm aus Anlass seines 60. Geburtstages einen „Professor-Anton-Kathrein-Saal“ widmete.

Sport betreibt er selbst nicht („Dazu habe ich doch keine Zeit!“), ist aber ein großer Sportsponsor. Nach dem Firmenmotto „In der Welt zu Hause, in Bayern daheim“ sponsert die Gruppe an den jeweiligen Standorten beispielsweise Fußball-, Kajak- und Eishockey-Sportvereine.

Besonders eng verbunden ist Toni, wie ihn seine vielen Freunde nennen, seit mehr als vierzig Jahren dem Motorsport. „Er passt bestens zu unserem innovativen Unternehmen. Die ständige Weiterentwicklung der Technik ist sowohl im Motorsport als auch in der Antennen- und Kommunikationstechnik wichtig.“ Die „Scuderia Kathrein“ (Scuderia bedeutet Rennstall) vereint seit 2007 das Kathrein-Renn- und Rallye-Team und das Kathrein-Klassik-Team und gilt mittlerweile als das beste und erfolgreichste deutsche Privatteam. Kathrein selbst beschränkt sich allerdings auf sein Hobby, das Sammeln von Oldtimern. Mittlerweile ist er aber auch noch Winzer und Wirt. Nebn einem ertragreichen Weingut in Südafrika bringen die 300 Rebstöcke seines Berliner Weinbergs immerhin auch 1000 Liter „Tempelhofer Antennenberg“ jährlich. Und weil sein Rosenheimer Stammgasthaus, „Zur historischen Weinlände“ in vor einigen Jahren geschlossen werden sollte, kaufte er es einfach – spontan wie er halt so ist.

Zum Jahresende kann der mit Bundesverdienstkreuz und Bayerischem Verdienstorden ausgezeichnete Kathrein gleich drei Jubiläen feiern: Sein Vater hatte vor 60 Jahren den Fachverband Antennentechnik gegründet, er selbst übernahm vor 40 Jahren das Unternehmen und seit 20 Jahren ist er Honorarprofessor. ▲

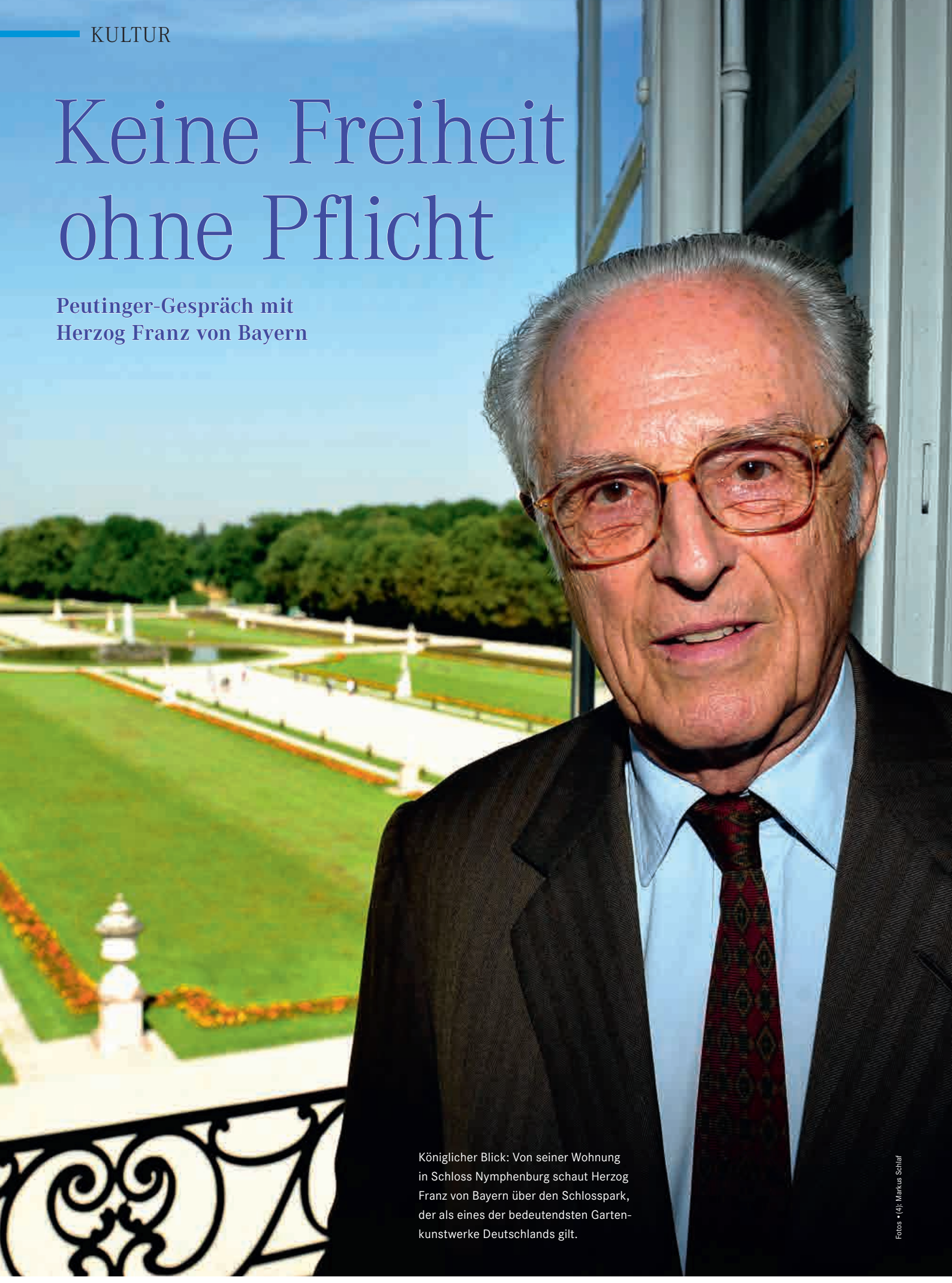
© 2012 / KATHREIN-Werke KG, Rosenheim

Sind überzeugt von der Innovation aus Bayern: Mitarbeiter von MTN Uganda testen die neue Kathrein-Antenne „Line Configurator“.

Marianne E. Haas berichtet seit mehr als 30 Jahren über die bayerische Wirtschaft. Die freie Journalistin betreut Finanz-Sonderseiten des Süddeutschen Verlages und moderiert Wirtschaftsthemen in bayerischen Privatsendern.

Keine Freiheit ohne Pflicht

Peutinger-Gespräch mit Herzog Franz von Bayern



Königlicher Blick: Von seiner Wohnung in Schloss Nymphenburg schaut Herzog Franz von Bayern über den Schlosspark, der als eines der bedeutendsten Gartenkunstwerke Deutschlands gilt.

Fotos • (4): Markus Schlaf

Königliche Hoheit empfängt in Schloss Nymphenburg. In einem Flügel des Schlosses hat sich Herzog Franz von Bayern, das Oberhaupt des Hauses Wittelsbach, eine bürgerlich-elegante Wohnung eingerichtet: Großformatige Gemälde der Neuen Wilden an den Wänden und vor den Fenstern die grüne Pracht des Nymphenburger Schlossparks. Freiheit und Verantwortung, Autorität und Respekt bestimmen das Gespräch mit Peutinger-Chefredakteur Peter Schmalz. „Jeder Staatsbürger muss Verantwortung übernehmen, sonst ist er nicht mehr frei“, mahnt der Herzog.

Der Peutinger: Königliche Hoheit, Freiheit ist das Leitmotiv von Bundespräsident Joachim Gauck. Nicht wenige meinen, Freiheit haben wir, darüber muss man nicht groß reden. Haben sie recht?
Herzog Franz von Bayern: Ich fürchte, sie haben nicht recht. Freiheit ist so selbstverständlich geworden und wir vergessen manchmal, wie genau wir den Begriff Freiheit immer wieder bedenken müssen, um an die Frage zu kommen: Haben wir sie noch oder sind uns Teile davon schon abhanden gekommen.

Peutinger: Freiheit ist wie Luft: Man beachtet sie kaum und vermisst sie erst, wenn sie eingeschränkt wird.
Herzog Franz: Das ist richtig. Aber Freiheit ist ein weiter Begriff. Der Bundespräsident spricht erst einmal von der politischen Freiheit...

Peutinger: ... er hat das Gegenteil selbst erlebt...
Herzog Franz: ...und weiß daher um den besonderen Wert der politischen Freiheit. Und er hat vollkommen recht: Man muss immer wieder darauf hinweisen, denn unsere Freiheit wird ja an allen Seiten eingeschränkt. Aber wir müssen uns erst einmal selbst innerlich in den Griff kriegen, um frei und unbelastet von Begierden oder Stimmungen zu entscheiden. Dazu kommt, dass das komplizierte Leben heute ständig neue Sachzwänge entstehen lässt, die auch unsere Freiheit drastisch einschränken. Dagegen ist man zu einem großen Teil wehrlos, und man sollte sich auch gar nicht dagegen wehren, denn manche dieser Einschränkungen sind notwendig für ein gutes Zusammenleben und für den Respekt gegenüber unserem Nächsten. Wir müssen jedoch wissen, was wir in Kauf nehmen wollen und was nicht.

Peutinger: Die eigene Freiheit hat ihre Grenzen in der Freiheit des anderen.
Herzog Franz: Das ist ein ganz klarer Grundsatz: Unsere Freiheit endet da, wo der Freiheitsanspruch des Nächsten beginnt. Es gibt sicher eine Zone der Überlappung, aber auch genau da kommt die Frage des Respekts herein.

Peutinger: Der Freiheitsanspruch ist gekoppelt mit dem Wunsch nach Selbstverwirklichung und oft mit dem Zusatz: Der Andere interessiert mich nicht.
Herzog Franz: Das ist dann keine Selbstverwirklichung, sondern Egoismus.

Peutinger: Ist das nicht ein Teil der Selbstverwirklichung?
Herzog Franz: Ursprünglich nicht. Aber wir fassen es heute in etwa so auf. Natürlich sollen wir uns selbst verwirklichen und alle unsere Fähigkeiten entwickeln. Das heißt aber genauso, dass uns bewusst ist, was der Respekt vor dem Anderen bedeutet. Auch dies gehört zur Selbstverwirklichung. Sonst verkommt sie zur Zügellosigkeit.

Peutinger: Sie haben schon zweimal von Respekt gesprochen. Mangelt es daran in unserer Gesellschaft?
Herzog Franz: Wir ärgern uns immer wieder über Respektlosigkeit, aber in unserer Gesellschaft ist Respekt wohl doch mehr vorhanden, als man bei oberflächlicher Betrachtung meinen könnte. Trotzdem geschieht es immer wieder, dass man meint, über alles urteilen zu können und jeden Menschen über den gleichen Kamm scheren zu können, ohne Rücksicht darauf, welche Lasten dieser zu tragen hat oder welche schweren Aufgaben ihm zugewiesen sind.

Peutinger: Nun begegnet man Ihnen als Königliche Hoheit und Vertreter des ehemaligen Königshauses mit besonders hohem Respekt. Dem Politiker, der heute die Geschicke des Landes verantwortet, zollt man immer weniger Respekt. Sehen Sie dies mit gewisser Sorge?
Herzog Franz: Das sehe ich schon mit Sorge. Aber Sie haben recht: Es ist meine Erfahrung, dass ich immer mit Höflichkeit und großem Respekt behandelt werde und dass man mir meinen persönlichen Freiraum lässt. Das heißt auch, dass man mich nie zwingt, mich zu äußern, wenn ich es nicht für richtig halte. Dafür bin ich sehr dankbar. Politiker stehen dagegen sehr viel mehr in der Schusslinie. Dabei spielen auch die neuen technischen Entwicklungen eine Rolle. Die große Internetwelt mit Facebook und Twitter hat dazu geführt, dass heute politische Willensbildung, aber auch Meinungen über einzelne politische Persönlichkeiten lawinenartig und unreflektiert entstehen. Dabei wird leicht vergessen, dass man mit dem Menschen auch das Amt beschädigen kann. Das ist gefährlich, denn unsere Ämter sind →

„Wenn ich für Freiheit als Verantwortung werbe, mache ich das so: Wir können das eigentlich alle. Denn wir alle haben ein natürliches Empfinden für eine Aufgabe oder kennen die Hingabe. Schon bevor wir politisch werden, lernen wir, dass es möglich ist, die Bezogenheit auf das eigene Selbst hintanzustellen.“

Bundespräsident
Joachim Gauck

Nach der Geburt des ersehnten Thronfolgers schenkte Kurfürst Ferdinand Maria seiner Frau Henriette Adelaide von Savoyen 1664 Schloss Nymphenburg. Mehrfach umgebaut und erweitert, gehört es zu den großen Königsschlössern Europas und zählt mehr Besucher als die Münchner Residenz. Eine besondere Attraktivität ist die Schönheitengalerie, in der König Ludwig I. die Porträts von 36 hübschen Münchnerinnen verewigen ließ. Im barocken Schlafzimmer kam am 25. August 1845 König Ludwig II. zur Welt.

mit guten Gründen errichtet, sind notwendig und wichtig und müssen respektiert werden.

Peutinger: Respekt vor dem Amt und dem Politiker ist ein wesentliches Merkmal der repräsentativen Demokratie: Die Bürger wählen und delegieren für eine Legislaturperiode die Verantwortung an die Gewählten. Was aber, wenn die Bürger immer häufiger mitentscheiden wollen?
Herzog Franz: Das ist nicht ungefährlich. Man müsste dann antworten: Wenn ihr bei allen diesen Fragen selber entscheiden wollt, dann müsst ihr auch eure Hausaufgaben machen und euch intensiv informieren.

„Der Egoismus ist der ärgste Feind der Demokratie."

Peutinger: Was aber ganz unmöglich ist...
Herzog Franz: ...und wozu auch niemand bereit wäre. Es entstehen vielmehr Stimmungswellen, und dann wird auf Argumente nicht mehr gehört.

Peutinger: Auch der Sachverstand, der sich in den politischen Gremien bündelt, wird kaum mehr geachtet.
Herzog Franz: Das kann sehr gefährlich sein und zu einem Chaos führen, letztendlich sogar zum Verlust der Freiheit.

Peutinger: War es auch Mangel an Respekt, der die Diskussion um den früheren Bundespräsidenten Christian Wulff bestimmte?
Herzog Franz: Das hat sicher auch eine Rolle gespielt. Es hat Formen und Äußerungen gegeben, die jeden Respekt und jedes Maß - auch für die Aufgaben in bestimmen Funktionen – verloren haben. Da konnten wir geradezu exemplarisch sehen, wie die Welle der Stimmung immer stärker wurde – über Facebook, über Twitter. Jeder glaubte, er kann über den Bundespräsidenten urteilen und sagen, der muss weg, ohne wirklich genau informiert zu sein. Ich glaube, da kommt schon der Respekt vor einem solchen Amt in Gefahr.

Peutinger: Die Medien haben dabei eine nicht unbedeutende Rolle gespielt.
Herzog Franz: Eine sehr große sogar. Ich bin nicht in der Situation, über das alles zu urteilen, aber ich meine, eine gewisse Rückbesinnung auf den Sinn unserer staatlichen Ordnung würde gut tun.

Peutinger: Immerhin kam es letztendlich zu dem glücklichen Ende, dass ein Nachfolger gefunden wurde, der hohe Autorität besitzt.
Herzog Franz: Das war sicher ein Glücksfall für uns. Aber es war ein Glücksfall auch deshalb, weil sich am Ende doch die Überzeugung durchgesetzt hat, dass das Amt nicht beschädigt werden darf. Das ist wieder bewusst geworden, und das halte ich für sehr wichtig.

Peutinger: In der Vergangenheit waren Monarchie und Kirche die natürlichen Autoritäten. Heute gibt es kaum noch Institutionen, denen dies zugestanden wird. Mangelt es an Autoritäten?
Herzog Franz: Ja, ich glaube schon, es mangelt uns an Autoritäten. Aber wir müssen auch sehen, dass sich die Gesellschaft so entwickelt hat, dass Autorität nicht mehr die alleinige Antwort sein kann. Wir brauchen Glaubwürdigkeit, wir brauchen menschliche Vorbilder und wir brauchen Menschen, die uns immer wieder erklären, welche Rolle einzelne gesellschaftliche Instanzen haben. Autorität muss heute sehr viel mühsamer erworben werden. Wir müssen immer wieder neue Formen und Wege für unser Zusammenleben finden, und das in immer kürzeren Intervallen.

Peutinger: Dazu kommt die hohe Geschwindigkeit und stete Verfügbarkeit der neuen Medien, wo allseitige Respektlosigkeit geradezu das Geschäftsprinzip ist.
Herzog Franz: Das sehe ich mit großer Sorge, vor allem in seiner Wirkung auf die jüngere Generation, die noch keine eigene Erfahrung haben kann, für die also Erfahrung nur aus dem Hörensagen kommt. Da müsste ein Grundbewusstsein geschaffen werden. Mich hat Norwegen nach dem Attentat vor einem Jahr sehr beeindruckt. Da wurde nicht gleich nach mehr Polizei, mehr Sicherheitsgarantie vom Staat gerufen, sondern alle, ob Jung oder Alt, haben sich zum Prinzip der offenen Gesellschaft bekannt. Nach den erschütternden Vorkommnissen war es beeindruckend zu sehen, wie klar das allen Menschen war und wie deutlich sie sich dazu bekannt haben. Hier hat man eine in der norwegischen Gesellschaft lange gepflegte Tradition als Beispiel erlebt. Wir können dies sicher nicht auf Deutschland übertragen, aber ich halte es für notwendig, dass auch bei uns die Gesellschaft und besonders die jüngere Generation etwas mehr darüber nachdenken, welches unsere Prinzipien sind, was wir wollen und was wir erhalten wollen. Ich bin da schon Optimist, denn ich glaube, bei uns haben die Menschen am Ende doch immer ganz richtig reagiert. Aber wir werden anfälliger für Stimmungswellen, über die wir schon gesprochen haben. Ich habe kein Rezept, wie man damit fertig wird, aber es ist eine Aufgabe.

Peutinger: Norwegen, aber auch Großbritannien, die Niederlande und andere haben als Autorität einen König oder eine Königin. Kann das in einer schwierigen Situation eine Rolle spielen?

Ausgerechnet aus dem republikanischen Hamburg: Während der Wulff-Krise forderte *ZEIT*-Herausgeber Josef Joffe einen König als neue Staatsautorität und forderte die Krone für Herzog Franz: „Er hat Bildung und Disziplin, Gespür und Geist. Auftritt, nicht Auftrieb ist sein Stil; vorbildlich sein gesellschaftliches Engagement."

Herzog Franz: Sicher, das kann eine Rolle spielen. Aber die letzten 60 Jahre haben uns gezeigt, dass auch andere Staatsformen ihren Weg genauso gut gehen können.

Peutinger: Bundespräsident Gauck mahnt auch eine soziale Kultur der Verantwortung an. Dass sich jeder erst einmal selbst fragt, was er tun kann, bevor er nach dem Staat ruft. Ist diese Mahnung notwendig?

Herzog Franz: Verantwortung ist das zweite ganz große Thema, das in direktem Zusammenhang mit der Freiheit steht. Eine Freiheit ohne die Verantwortlichkeit des Einzelnen ist keine wirkliche Freiheit. Es ist wunderbar, dass der Bundespräsident gerade dies klar sagt. Jeder Mensch muss Verantwortung übernehmen, für sich, für seine Familie, für seine Mitmenschen, aber natürlich auch für den Staat. Wir haben uns vielleicht zu sehr daran gewöhnt, dass der Staat alles richtet, uns beschützt, und dass wir nicht mehr aufpassen müssen auf das, was wir tun. Es ist ganz wichtig, dass wir wieder darauf hingewiesen werden. Denn der Staatsbürger hat eine Verpflichtung, und er muss Verantwortung übernehmen, sonst ist er nicht mehr frei.

Peutinger: Ist es aber nicht ein süßes Gift der Demokratie, dass der Politiker dem Bürger sagt, ich nehme Dir die Verantwortung ab und umsorge Dich, dafür gibst Du mir Deine Stimme?

Herzog Franz: Der Staat müsste eher sagen: Ich schaffe Dir die Bedingungen, dass Du in Freiheit Deine Aufgabe erfüllen kannst. Das wäre Selbstverwirklichung.

Peutinger: Aber es ist schwieriger.

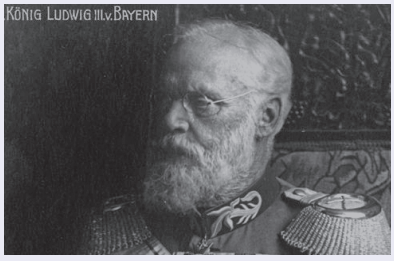
Herzog Franz: Natürlich ist es schwieriger. Aber das Leben ist nicht einfach, und man darf es sich auch nicht einfach machen.

Peutinger: Wir klagen über eine hohe Steuerlast und übersehen gerne, dass diese nicht zuletzt verursacht wird durch die vielen Zuwendungen des Staates, an die wir uns gewöhnt haben.

Herzog Franz: Da müssen wir in der Tat umdenken. Und der Bundespräsident mahnt das ja auch sehr zu Recht an. Auf der anderen Seite sehe ich bei allen meinen Mitbürgern eine enorme Bereitschaft zu helfen. Wenn man ihnen sagt, ich brauche Dich, Du bist zu etwas gut, Du kannst für andere etwas bewirken, dann folgen sie dem Ruf eigentlich immer. Gerade wenn man junge Leuten zu etwas aufruft, dann erfahren sie dadurch zum ersten Mal, dass sie für andere etwas wert sind. Das berührt mich sehr. Sie erleben eine Anerkennung. Denken Sie zum Beispiel an die Aktion Sternstunden für Ostafrika. Es war beeindruckend, welche Welle der Solidarität, des Mitgefühls und der Hilfsbereitschaft für die Menschen in Ostafrika ausgelöst wurde. Da sind elf Millionen Euro gespendet worden, zumeist aus ganz kleinen Beträgen. Die Beteiligung war ungeheuer groß, und es hat sich gezeigt, dass die Menschen durchaus auch Verantwortung spüren für das Schicksal ihrer Mitmenschen. Sie müssen nur die Möglichkeit bekommen. Da ist es eine große Aufgabe, ja sogar eine Pflicht der Medien, auf solche Gelegenheiten hinzuweisen oder sie sogar herbeizuführen. →

Die reiche Geschichte der Wittelsbacher zeigt ein neues Museum, das vom Wittelsbacher Ausgleichsfonds in Hohenschwangau eingerichtet wurde. Zu sehen sind auch ein Prunkmantel von Ludwig II. und ein monumentaler Nibelungen-Tafelaufsatz (Bild).

Die Familie



Das Haus Wittelsbach ist mit seiner über 800jährigen Geschichte eines der ältesten und einflussreichsten Adelsgeschlechter in Deutschland. Ihre Herrscher regierten jahrhundertelang in Bayern, der Pfalz und anderen Regionen Europas. 1806 wurde Maximilian I. Josef zum ersten bayerischen König gewählt. Als „Märchenkönig“ wurde Ludwig II. zum weltweit bekanntesten Wittelsbacher. Nach dem verlorenen 1. Weltkrieg musste König Ludwig III. (Bild) abtreten.

Die Schlösser

Die Baulust von König Ludwig II. ruinierte die Wittelsbacher-Finanzen, schenkte Bayern aber mehrere außergewöhnliche Schlösser, darunter Linderhof (Bild) und Herrenchiemsee. Das Traumschloss Neuschwanstein im Allgäu wurde zum Touristenmagnet mit über einer Million Besucher im Jahr. Regierungssitz der Könige war die Münchner Residenz. Heute gehören die ehemals königlichen Immobilien zur staatlichen Schlösser- und Seenverwaltung die einen hohen Anteil der Unterhaltungskosten über Eintrittsgelder decken kann.

Der Ausgleichsfonds

Nach Ende der Monarchie fiel der größte Teil des Wittelsbacher Vermögen an den Staat, der Rest, darunter die Schlösser Berg, Hohenschwangau und Berchtesgaden, wurde in die Stiftung Wittelsbacher Ausgleichsfonds eingebracht. Die Nachfahren der ehemaligen Königsfamilie können über das Stiftungsvermögen nicht verfügen, ihnen stehen aber die Erträge zu. Gemälde des Stiftungsvermögens hängen als Leihgaben in Museen, so auch Kaulbachs König Ludwig I. auf einer Baustelle (Bild).

Seine Königliche Hoheit Herzog Franz von Bayern, 1933 in Münchner Schloss Nymphenburg geboren, ist Urenkel des letzten bayerischen Königs Ludwig III. und seit 1996 Chef des Hauses Wittelsbach. Von den Nazis wurden er und seine Familie im Konzentrationslager gefangen gehalten, nach dem Krieg studierte er Betriebswissenschaften. Neben seinen zahlreichen repräsentativen Aufgaben interessieren den zuvorkommenden und bescheidenen Herzog zeitgenössische Künstler. Mit erheblichem Engagement förderte er den Bau der Pinakothek der Moderne. Seit einigen Jahren nutzt er ein Wohnrecht in einem Teil von Schloss Nymphenburg. In seiner Wohnung harmonieren Empire-Möbel mit Werken moderner Künstler.

Peutinger: Ein anderes Beispiel sehen wir bei den sozialen Diensten: Nachdem die Wehrpflicht abgeschafft wurde und damit auch der Zivi, war die Sorge groß, dass vor allem Pflegeheime nicht mehr genug freiwillige Helfer bekommen. Nun aber zeigt sich, dass sich mehr Freiwillige melden, als aufgenommen werden können.

Herzog Franz: Das zeigt eine Bereitschaft, die sehr optimistisch stimmt. Da ist viel Positives vorhanden. Vielen jungen Leuten aber mangelt es leider an der Bereitschaft, sich dauerhaft zu binden. Sie kommen gerne, wenn man sie spontan ruft, aber es fällt vielen schwer, sich zum Beispiel über ein Jahr festzulegen, zweimal die Woche zu festgelegten Zeiten zu kommen. Auch bei den Spenden ist dies zu sehen: Bei einem Aufruf wird gespendet, aber sehr viele wollen sich doch nicht festlegen, jedes Jahr zu spenden. Das Sich-Festlegen fällt offenbar schwer.

Peutinger: Vielleicht ein Phänomen unserer Zeit. Ähnliches erleben unsere Parteien auch. Und selbst im Privaten fällt es jungen Menschen offenbar immer schwerer, sich mit einem Partner zu binden.

Herzog Franz: Sehr richtig. Das Sich-Festlegen scheint vor allem für junge Leute eine große Hürde geworden zu sein. Hier müssen wir darüber nachdenken: Wie gehen wir heute mit dieser Mentalität um, damit am Ende die Grundlagen für unsere Demokratie und unseren Staat nicht wegbrechen. Eine Demokratie lebt nun einmal vom Engagement ihrer Bürger. Wenn dieses Engagement aber nur noch sporadisch stattfindet und die Bürger zunehmend nicht mehr zur Wahl gehen, dann muss uns das bedenklich stimmen.

Peutinger: Fühlen sich junge Menschen womöglich überfordert von der modernen Welt mit ihren Möglichkeit und Anforderungen bis hin zu den neuen Medien mit Facebook und Twitter?

Herzog Franz: Ich stelle mir das für junge Leute furchtbar schwierig vor, in diesem Hagel von Informationen und Anregungen einen eigenen Weg zu finden. Wenn ich versuche, mich zurückzuerinnern, wäre es mir auch sehr schwer gefallen. Wenn man aber das alles bedenkt, ist der Zustand unsere Gesellschaft noch sehr gut. Es ist noch sehr viel positive Bereitschaft bei den Menschen vorhanden. Aber es wird immer wichtiger, zu erklären und die Sachzwänge so zusammenzufassen, dass sie verständlich und nachvollziehbar werden. Und es gehört natürlich auch eine gute Portion Ehrlichkeit dazu. Sich selbst gegenüber und auch in der Politik, um am Ende glaubwürdig zu sein.

Peutinger: Das nächste große Wort: Glaubwürdigkeit. Ist das nicht der Schlüssel für Respekt, Autorität und Verantwortung, worüber wir gesprochen haben?

Herzog Franz: Eine Autorität ohne Glaubwürdigkeit wäre das Ende der Freiheit. Es wäre bloße Macht.

Peutinger: Bürgerrecht und Bürgerpflicht sollten Zwillinge sein. Bevorzugen wir nicht zu sehr das Bürgerrecht und verlieren die Bürgerpflicht aus den Augen?

Herzog Franz: Durchaus, weil die Pflicht nur zum Teil schriftlich niedergelegt werden kann. Die Verantwortung ist ein Angelpunkt dabei. Und ein großer Teil dessen, wozu ein Staatsbürger im Grunde verpflichtet ist, muss er aus sich selber leisten. Er tut es auch. Schauen Sie nur, wie viele Menschen sich trotz der zunehmenden Bindungsschwäche ehrenamtlich engagieren. Man kann nur mit Freude zuschauen, wie die Menschen bereit sind, sich ein-

zusetzen. Die Sorge, dass Selbstverwirklichung nur zu Hedonismus führt, ist sicher vorhanden, muss aber nicht sehr groß sein. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass am Ende der Egoismus der ärgste Feind der Demokratie wäre.

Peutinger: Wobei Ego zu jedem Menschen gehört.
Herzog Franz: Weil es notwendig ist, damit man in der Lage ist, sich und seine Freiheit erst einmal zu verteidigen gegen Übergriffe oder das langsames Einschnüren durch Sachzwänge von außen. Es darf aber nicht zum Selbstzweck werden.

Peutinger: Erlebt das Ehrenamt eine Renaissance?
Herzog Franz: Es war immer schon da. Wenn ich mich an die Jahre nach dem Kriegsende erinnere, da war fast nichts mehr gesellschaftlich oder juristisch gefasst, aber am Ende hat jeder jedem geholfen. Das war, was ich Solidarität nenne.

Peutinger: Aber Solidarität aus der Not heraus.
Herzog Franz: Die Zeiten haben sich glücklicherweise sehr zum Positiven verändert, aber auch heute erleben in Not Geratene eine große gesellschaftliche Solidarität. Bereiche, die der Staat nicht oder noch nicht ausfüllen kann, werden durch eignen Einsatz ersetzt. Denke Sie nur an das großartige Engagement bei den Tafeln. Vergessen wir aber auch nicht die Pflege von Tradition und Geschichtsbewusstsein. Alle diese wichtigen Verankerungen im eigenen Land wollen gepflegt sein. Das aber kann der Staat alleine nicht machen, das würde nur zur Vorschriftskultur führen.

Peutinger: Wird das Ehrenamt künftig nicht noch wichtiger, weil Aufgaben auf uns zukommen, die der Staat nicht mehr bewältigen kann. Wenn man nur angesichts der demographischen Entwicklung an die Altenpflege denkt.
Herzog Franz: Dies kann in der Tat nicht allein in staatlichen Händen liegen. Ehrenamt wird noch viel mehr als heute etwas sein, was ich tätige Nächstenliebe nennen möchte. Um sie aber möglichst effektiv auszuüben, braucht Altenpflege eine gewisse Ausbildung und die Hilfestellung einer Organisation, die den Rahmen bietet, in dem man ehrenamtlich tätig sein kann.

Beobachtet von einem weißen Fabelwesen aus Porzellan: Herzog Franz von Bayern im Gespräch mit Peutinger-Chefredakteur Peter Schmalz

Peutinger: Immer mehr Ältere scheiden gesund und tatendurstig aus dem Berufsleben aus. Ein Potential fürs Ehrenamt?
Herzog Franz: Das ist ein enormes Potential für ehrenamtliche Tätigkeit. Aber für viel mehr noch. Dieser Erfahrungsschatz, dieses Wissen, das ist für unsere Gesellschaft ein ganz wichtiges Gut.

Peutinger: Sie haben den Begriff Nächstenliebe gebraucht. Ist er nicht ein bisschen altmodisch geworden?
Herzog Franz: Der Vorgang selbst ist ungeheuer modern, er wird heute nur mit anderen Worten belegt. An sich ist es ein sehr schönes Wort, aber es gehört zu den Worten aus einer anderen Generation. Junge Leute können damit erst etwas anfangen, wenn sie einen Moment darüber nachgedacht haben. Ich scheue mich nicht, ihn zu benützen.

Peutinger: Die Überforderung des Staates wirkt auch tief in die Staatsfinanzen hinein. Sehen Sie eine Möglichkeit, dass ein Staat ohne Schulden auskommen kann?
Herzog Franz: Man muss unterschieden, um welche Schulden es sich handelt. Es gibt Schulden, die entstehen durch Investitionen in die Zukunft. Die sind notwendig und bringen Rendite erst in der nächsten Generation, aber sie müssen heute geleistet werden. Wird das nicht rechtzeitig gemacht, verursacht dies später noch größere Anstrengungen. Das sind also für jeden Staat durchaus legitime Schulden. Bayern hat zum Beispiel sehr viel investiert in seine Hochschulen. Das war sehr teuer, doch heute profitieren wir davon. Vermeiden müssen wir aber zu hohe Konsumschulden, die dann von den nächsten Generationen beglichen werden müssten.

Peutinger: Macht Ihnen die Finanzentwicklung in Europa Sorgen?
Herzog Franz: Sorgen ist gar kein Ausdruck. Ich kann gar nicht überblicken, wie groß unsere Chancen überhaupt noch sind, dies alles im Griff zu halten.

Peutinger: Würde die Finanz- zu einer Staatskrise und die Not so groß, dass man bei Ihnen anklopft: Königliche Hoheit, helfen Sie uns mit Ihrer unbelasteten Autorität. Wäre das eine Ehre, der man sich entziehen könnte?
Herzog Franz: Ablehnen könnte man es nicht, einfach aus der Verpflichtung heraus. Wenn Not am Mann ist, muss jeder alles geben, was er geben kann. Wenn man mir in einer solchen Situation eine derartige Autorität zusprechen würde, dann wäre das eine große Ehre. Aber ich hoffe für uns alle, dass die Notwendigkeit nie entsteht, an mich eine so schwere Aufgabe herantragen zu müssen. ▲

Die mit Diamanten, Smaragden und Rubinen besetzte Krone wurde 1806 in Paris für Maximilian I. Joseph, den ersten König von Bayern, geschaffen. Sie wurde nicht getragen, aber bei Inthronisation und Begräbnis gezeigt. Das goldene Prunkstück ist in der Schatzkammer der Münchner Residenz aufbewahrt.

Verantwortung für die Schöpfung

Plädoyer für eine ökologische Neuorientierung der Gesellschaft

Heinrich Bedford-Strohm

Die Enttäuschung hierzulande war groß, als die Inhalte des Schlussdokuments der mit Spannung erwarteten Regierungskonferenz Rio plus 20 im Juni dieses Jahres bekannt wurden. Regierungen aus aller Welt waren in Rio des Janeiro zusammengekommen, um endlich verbindliche Strategien für die ökologische Transformation der Weltwirtschaft zu verabreden. Studien renommierter Institutionen hatten im Vorfeld des Gipfels unterstrichen, wie notwendig diese Transformation ist. Der World Wild Life Fund etwa hatte ausgerechnet, dass wir bei einer Fortsetzung gegenwärtiger Trends ohne tiefgreifende Veränderungen im Jahr 2030 genau eine weitere Erde benötigen, um den Ressourcenbedarf zu befriedigen. Spätestens seitdem wird man sagen müssen: kein vernünftiger Mensch, der, jenseits rein egoistischer Verhaltensweisen, bereit ist, verantwortlich zu handeln, wird die Herausforderung kleinzureden versuchen.

Wie kompliziert die Verabredung gemeinsamer globaler Strategien im Einzelnen ist, hat der Verlauf der Konferenz in Rio gezeigt. Insbesondere die Verknüpfung zwischen dem Ökologiethema und dem Thema soziale Gerechtigkeit hat sich als Hürde erwiesen. Gegenüber den Ländern mit fortgeschrittenem technologischen Know-how, Deutschland vorne dran, die für weltweit anspruchsvolle ökologische Standards plädierten und ganz auf eine Green Economy setzten, kamen die Bremser nicht zuletzt aus den armen Ländern oder denen, die sich gerade aus der Armut zu befreien versuchen. Hinter hohen ökologischen Standards, so die Sorge, verberge sich einmal mehr der Versuch der Industrieländer, sich auf dem Weltmarkt Vorteile zu verschaffen, während die armen Länder, die mit solchen ökologischen Standards nicht mithalten könnten, einmal mehr die Verlierer seien. Verantwortliches Regierungshandeln in diesen Ländern müsse sich zuallererst an der Bekämpfung der Armut orientieren. Die reichen Länder, die durch ihren Konsum die Zerstörung der Natur überhaupt erst verursacht hätten, könnten sich nun nicht zum ökologisch-moralischen Lehrmeister des Rests der Welt aufspielen.

Wer etwa die Zahlen zum weltweiten Pro-Kopf-CO_2-Ausstoß zur Kenntnis nimmt, sieht das Problem: In den USA beträgt er 18 Tonnen, in Deutschland 11,3. Global liegt der durchschnittliche Pro-Kopf Ausstoß bei 4 Tonnen, ökologisch verträglich wären nach dem Urteil der Fachleute nur 2. Es ist also sonnenklar, dass der Handlungsbedarf zuallererst bei uns liegt. Jedenfalls dann, wenn im Prinzip jedem Menschen auf der Welt die gleichen Rechte zur Nutzung der Ressourcen der Natur zugebilligt werden. Ebenso klar ist allerdings, dass die notwendige Veränderung bei uns eingebunden sein muss in eine globale Strategie, die die Fehler, die wir bei der Entwicklung unserer Wirtschaft gemacht haben, nicht einfach wiederholt. Je glaubwürdiger wir die Interessen der Armen in unser eigenes Denken einbeziehen, desto mehr Chancen bestehen, in der Zukunft zu den notwendigen weltweiten Verpflichtungen zu kommen und sie auch durchzusetzen.

Dass die Kirchen sich seit vielen Jahren für einen solchen Weg einsetzen, hat sich inzwischen herumgesprochen. Noch 1990, als sich Delegierte aus aller Welt im koreanischen Seoul zur Weltversammlung der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung versammelten und im Schlussdokument die Forderungen formulierten, die jetzt – endlich! – in die Verhandlungen der Regierungen eingeflossen sind, nahm die Weltöffentlichkeit kaum Notiz davon.

Man muss nicht praktizierender Christ sein (auch wenn es hilft!), um die menschliche Verantwortung gegenüber der Natur zu verstehen. Dass in öffentlichen Reden von Politikern auch in ganz säkularen Kontexten von der „Bewahrung der Schöpfung“ die Rede ist, ist kein Zufall. Wir verwenden – wenn es um die Verantwortung gegenüber der Natur geht – intuitiv den Begriff der „Schöpfung“, weil damit auch bei religiös mehr oder weniger unmusikalischen Menschen zumindest die Ahnung davon zum Ausdruck kommt, dass die Erde nicht etwas ist, über das wir einfach verfügen können, sondern, dass sie uns anvertraut ist, damit wir sie – wie es in der Bibel heißt – „bebauen und bewahren“ (1. Mose 2,15). Wenn im Alten Testament von „Herrschaft“ über die Natur die Rede ist, dann ist damit gerade nicht Ausbeutung gemeint. Zentrales Kennzeichen des Herrschers ist seine Verpflichtung gegenüber den Armen. Herrschaft über die Natur heißt deswegen Fürsorge – ganz bestimmt jedenfalls nicht die Vollmacht zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wer die christliche Tradition nicht nur vor sich herträgt, sondern sie als verbindliche Lebensorientierung sieht, wird deswegen auf allen Ebenen zu einer ökologischen Neuorientierung unserer Gesellschaft beizutragen versuchen. Auf der individuellen Ebene kann jeder und jede mit den eigenen Konsumentscheidungen und Mobilitätsmustern beeinflussen, ob die Beeinträchtigung der Natur auf ein zukunftsverträgliches Maß begrenzt bleibt. Auf der Ebene der Organisationen und Unternehmen können ökologische Aspekte in der Beschaffungspolitik ebenso wie in der Produktausrichtung zum zentralen Kriterium der corporate identity werden. Auf der politischen Ebene kann durch entsprechende anreizorientierte Rahmengesetzgebung sichergestellt werden, dass diejenigen, die sich ökologisch verhalten, nicht die Dummen sind, sondern im Gegenteil wirtschaftliche Vorteile haben. Auf der sozialkulturellen Ebene schließlich, auf der sich entscheidet, was in einer Gesellschaft als normal und als akzeptabel gilt und was nicht, kann die Bewahrung der Natur zu einem Ziel werden, das nicht nur für schöne Reden gut ist, sondern tatsächlich handlungsleitende Bedeutung gewinnt.

Die Herausforderung, vor der wir stehen, ist groß. Sie steht der Herausforderung des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg in nichts nach. Damals ist etwas auf den Weg gebracht worden, das wir heute als „Wirtschaftswunder“ bezeichnen. Was wir heute brauchen, ist ein neues, ein „ökologisches Wirtschaftswunder“. In Rio sind noch keine weltweit verbindlichen ökologischen Standards erreicht worden. Umso mehr sind wir jetzt als Vorreiter gefragt. Wir werden – da bin ich zuversichtlich – als Land zeigen können, dass es gelingen kann, eine Wirtschaft zu entwickeln, in der alle Menschen gut leben können, ohne die Natur zu zerstören. ▲

UN-Klimakonferenzen finden jährlich statt. Die nächste und 18. Ende des Jahres in Katar soll CO_2-Reduktionsziele festlegen.

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm ist seit November 20011 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Er wurde 1960 als Sohn eines Pfarrers im schwäbischen Memmingen geboren und schlug nach dem Theologiestudium eine wissenschaftliche Laufbahn ein, die ihn in die USA und nach Südafrika führte. Zuletzt war Bedford-Strohm Theologieprofessor an der Universität Bamberg. Er ist mit der Psychotherapeutin Deborah Bedford verheiratet, das Ehepaar hat drei Söhne.

Servus

Bayern kann es auch alleine, meint der ehemalige Weggefährte von Franz Josef Strauß

Wilfried Scharnagl

Es ist Zeit für das große bayerische Aufbegehren. Die geschichtlichen Erfahrungen Bayerns zeigen, dass das große und wichtige Land im deutschen Süden stets dafür büßen musste, wenn es einer fernen Zentralgewalt ausgeliefert war. Der Januar 1871, als das Königreich Bayern mit seinem Eintritt in den zentralistischen Einheitsstaat des neuen Deutschen Reiches seine Souveränität verlor, markiert in einschneidender Weise den beginnenden Absturz. Nach Erstem Weltkrieg, Weimarer Republik, nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und Zweitem Weltkrieg fand diese Entwicklung ihr katastrophales Ende. Jetzt ist Bayern erneut bedroht. Es läuft Gefahr, in einem Berliner und Brüsseler Doppelgriff seine Freiheit und Staatlichkeit zu verlieren.

Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, nahm im April 2012 einen Festakt zum 60-jährigen Bestehen des Landes Baden-Württemberg zum Anlass, Bitteres zum politischen Gewichtsverlust der deutschen Länder im Gesamtrahmen der Bundesrepublik zu sagen: »Gerade die Gesetzgebungskompetenzen sind es, die den Landesparlamenten zunehmend abhandenkommen, ohne dass dieser Entwicklung – zumindest bis in die jüngste Zeit – Nennenswertes entgegengesetzt worden wäre.« Auch in der europäischen Integration sieht Voßkuhle einen Grund für den Weg der Landtage in die Bedeutungslosigkeit. Zwar habe der Bundestag durch den Vertrag von Lissabon wieder mehr Beteiligungsrechte gewonnen, die Parlamente der deutschen Länder hingegen hätten gegenüber Brüssel an Bedeutung verloren.

Ungeachtet dieser doppelten Bedrückung ist Bayern zu einem starken Staat geworden. Einst, als es noch agrarisch geprägt war, stand Bayern am Ende der Rangliste der deutschen Länder. Heute hält es den Platz an der Spitze. Die Leistungskraft der Menschen, ihr Fleiß und ihre Bereitschaft, Neues zu wagen, haben das Land nach oben gebracht. Mit dem Erfolg wuchsen der Stolz auf das Geleistete und die Liebe zur Heimat. Diese Einstellung führt dazu, dass die Bayern, so die letzte Generationenstudie der Hanns-Seidel-Stiftung, mit großem Selbstbewusstsein und dem sprichwörtlichen Wir-Gefühl ihre Position innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Europas wahrgenommen sehen wollen. Bemerkenswert an den Ergebnissen der Bayern-Analyse ist, dass ein Thema in den Köpfen und Herzen der Menschen eine zunehmend wichtige Rolle spielt. Das ist die Frage nach mehr Unabhängigkeit oder einem eigenständigen Staat. Ohne Wenn und Aber sprechen sich in der 2011 erhobenen Studie der Stiftung 39 Prozent der Menschen für mehr Unabhängigkeit aus. 23 Prozent der bayerischen Bürgerinnen und Bürger beantworten die Frage, ob Bayern ein eigenständiger Staat sein solle, mit einem klaren Ja.

Deutlicher könnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, dass es zwischen der offiziellen Politik und dem politischen Denken eines großen Teils der Menschen in Bayern eine tiefe Kluft gibt. Diese Kluft könnte auch daher rühren, dass in politischen Sonntagsreden die Eigenstaatlichkeit zwar häufig beschworen, diese Eigenstaatlichkeit aber keineswegs konsequent verfolgt wird. Dabei fehlt es in Bayern an nichts, was einen unabhängigen und selbstständigen Staat ausmacht.

Die Ausgangslage ist bekannt: Der Freistaat beeindruckt schon von seiner Größe her. Mehr als 12,5 Millionen Menschen leben auf einer Fläche von 70.555 Quadratkilometern. Bayern ist damit nicht nur nach Nordrhein-Westfalen das von Bevölkerung und Fläche her zweitgrößte deutsche Land. Es nimmt auch im Reigen der Mitgliedsländer der Europäischen Union einen der vorderen Plätze ein. Der Bevölkerungszahl nach liegt Bayern hier auf dem neunten, der Wirtschaftskraft nach auf dem siebten Rang. Warum also sollte Bayern nicht stark genug sein, seine Interessen in Europa selbst zu vertreten? Wenn das in seiner Einwohnerzahl Bayern am nächsten liegende Griechenland 22 Abgeordnete ins Europäische Parlament entsendet, warum sollte dem Freistaat nicht die gleiche Zahl von Volksvertretern in Europa zustehen?

Eingeengt in seiner staatlichen Gestaltungsfreiheit wird Bayern nicht nur durch europäische Fehlentwicklungen. Auch innerhalb des Gefüges der Bundesrepublik Deutschland drücken Bayern schwerwiegende Lasten. Seit Jahren wird der Länderfinanzausgleich von Bayern als dem Hauptzahler – von einem Gesamtaufkommen von 7,3 Milliarden Euro im Jahr 2011 entfielen auf den Freistaat mit 3,663 Milliarden Euro mehr als die Hälfte! – auf die politische Tagesordnung gebracht. Ernsthaft behandelt wurde dieser existenzwichtige Punkt nie.

Jedes Mal, wenn Bayern sich über seinen maßlosen Beitrag zum Länderfinanzausgleich beklagt, löst dies bei den Nehmerländern – und 2011 waren es 12 von 16! – die immer gleichen Reaktionen aus: Empörung darüber, wie Bayern überhaupt auf den Gedanken kommen könne, an dieser gewohnten und komfortablen Einrichtung zu rütteln.

Dieser Zustand kann nur geändert werden, wenn der Freistaat, um ein Wort von Wilhelm Hoegner, einem wichtigen sozialdemokratischen Mitschöpfer der Bayerischen Verfassung, aufzugreifen, wieder eigener Herr im »Gasthaus zum Bayerischen Löwen« wird. Die Bayern müssen das Recht der demokratischen Entscheidung über ihr Land behalten und dort, wo es verloren gegangen ist, wiedergewinnen. Die Verantwortung für den Freistaat darf sich nicht in widerspruchslosen Entscheidungen in den entfernten Ebenen deutscher und in den noch weiter entfernten Ebenen europäischer Politik verlieren.

Im europäischen Bereich darf dies umso weniger der Fall sein, da sich die dort in Richtlinien und Krisengipfelbeschlüssen vollzogene Politik demokratischer und parlamentarischer Verantwortung entzieht. Die Schulden- und Euro-Krise führt im Verein mit der Praxis immer neuer milliardenschwerer Staudämme zu einer Entdemokratisierung jenes Kontinents, der einst stolz darauf war, die Wiege der Demokratie zu sein.

Bayern muss von seinem Selbstverständnis her in die erste Reihe jener Kräfte gehören, die gegen diese undemokratische Entmündigung aufstehen. Der Freistaat Bayern muss für die politische und staatliche Freiheit kämpfen, welche die Aufbau- und Gründergeneration im Sinn hatte, als sie die Bayerische Verfassung als Verfassung eines Vollstaates formulierte. Wer den Kampf für die Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit Bayerns aufnimmt, steht damit auf einem festen Fundament. Für diesen Kampf die volle Unterstützung der Bayern zu gewinnen ist keine Utopie. Weil es stimmt: Bayern kann es auch allein. ▲

„Einen Weckruf“ nennt der Autor sein Bayern-Buch. Ein Aufreger ist es allemal, gerade in einer Zeit, in der die Katalanen zu Millionen die Unabhängigkeit von Spanien fordern, die Schotten gegen England abstimmen wollen und auch in Südtirol der Unmut über Rom wächst.

Wilfried Scharnagl

Bayern kann es auch alleine
Plädoyer für den eigenen Staat

Quadriga Verlag, Berlin
191 Seiten, 16,99 €

Wilfried Scharnagl, 73, war engster Vertrauter von Franz Josef Strauß und 24 Jahre lang Chefredakteur der CSU-Wochenzeitung *Bayernkurier*. Er ist Mitglied im Parteivorstand und häufiger Gast bei TV-Talkrunden.

Kleine Weltstadt

Bamberg sollte das fränkische Rom werden – Dom feiert 1000-Jahr-Jubiläum

Michael Weiser

Der König hatte Großes vor mit seiner Stadt. In ganz Europa ließ Heinrich II. Kunstwerke und Reliquien zusammenkaufen, um dieses sein Werk zu schmücken: ein zweites, ein fränkisches Rom, der ewigen Stadt gleich gelegen auf sieben Hügeln – allerdings an der Regnitz.

Seit bald 800 Jahre steht der Bamberger Reiter im Georgenchor des Doms. Unklar ist, ob er einen König darstellt oder eine symbolische Figur ist.

Heinrich II. zögerte nicht, seinen Ruhm zu verbreiten. Noch ragten die Kräne und Gerüste über die strohgedeckten Dächer von „Pabunburg“ hinaus, noch hallten die Meißel-Schläge der Steinmetze durch die Gassen, da setzte sich in einem fernen Winkel des Bayernlands ein Abt ans Schreibpult. Gerhard von Seeon, so hieß er, verfasste sogleich ein Preisgedicht über jene neue Stadt; größer als Athen sei sie, „das Haupt der Welt, wo aller Ruhm begründet wird“. Vergil und Homer, so fabulierte der fromme Mann, sie reichten nicht aus, ihren Ruhm zu besingen. Der Mann sprach von – Bamberg, der Lieblingsstadt des Heinrichs, des deutschen Herrschers und zugleich König der Römer.

Weder Vergil noch Homer ließen sich zum Ruhme der Stadt vernehmen, dafür war das im 9. Jahrhundert erstmals erwähnte „Castrum Babenberch“ viel zu jung. Dafür schwärmte – lange nach dem Abt von Seeon – ein anderes Mitglied des Dichter-Olymp: Goethe. Der empfahl ausdrücklich, neben anderen deutschen Perlen Bamberg in den Reiseplan aufzunehmen, „damit Du ein wenig die Welt siehst“.

Damit hatte es Goethe wieder aufgenommen, das Wort von der Weltgeltung der kleinen Stadt. Er hat ja recht: Sie ist nicht nur schön, die Perle an der Regnitz, sie wirkt meistens auch viel größer, als sie in Wirklichkeit ist. Die Probe aufs Exempel sei empfohlen, am besten an einem Tag mit schönem Wetter, das Bamberger und Touristen gleichermaßen auf die Straßen treibt: Wer über die Kettenbrücke flaniert oder auf dem Heinrichsdamm am Main-Donau-Kanal entlangschlendert, kann sich auch in Wien wähnen oder in Prag.

Das feine Hain-Viertel wiederum wartet mit einer Fülle an Villen auf, die es mit Münchens noblem Bogenhausen aufnehmen. Ja, in Bamberg kann man ein wenig von der Welt sehen, vor allem, seit die Stadt zum Kulturerbe der Menschheit gehört. Seitdem strömen Touristen aus allen Herren Ländern durch die Gassen und Straßen. Sogar Hollywood war schon da: „Die drei Musketiere“ mit Stars wie Orlando Bloom, Mila Jovovich und Christoph Waltz wurde teilweise auch auf dem Domberg gedreht. „Großartig“, sagte damals auch Regisseur Paul Anderson, „man muss weit reisen, um so etwas zu erleben.“

Dass die Welt in seine Stadt kommt, hätte Heinrich gefallen. Denn dass man ihn und seine Frau Kunigunde später heiligsprechen sollte, hatte nichts mit irgendeinem Hang zur Weltflucht zu tun. Eher schon damit, dass die beiden der Kirche fleißig stifteten und

vor allem eine kinderlose Ehe führten, eine sogenannte Josefsehe, die angeblich von der Keuschheit des königlichen Paares Zeugnis ablegte. Ansonsten war Heinrich II. ein kühler Pragmatiker der Macht, der sich zur Durchsetzung seiner Pläne durchaus auch mit der Kirche anlegte. Denn Bamberg sollte nicht nur eine bedeutende Stadt werden, es sollte auch Mittelpunkt eines großen Bistums sein. Um das Bistum glänzend abzurunden, ließ er bei der Zusammenkunft der Bischöfe des Reichs 1007 in Frankfurt einfach Gebiete von zwei älteren Bistümern abtrennen. Es waren die Bischöfe von Würzburg und Eichstätt, denen der König mit einer Mischung aus Bitten, Drohung und Gegengeschäften Teile des Machtbereichs abschwätzte und -presste.

Spiritueller Mittelpunkt des Bistums ist der Dom St. Peter und Georg, der allerdings Bamberg nicht allein überragt. Mit den Türmen auf dem benachbarten Michelsberg wetteifert er darum, wer denn die Silhouette der Stadt am stärksten präge. 1004 ließ Heinrich den Grundstein zum Dom legen, schon 1012 wurde er geweiht. Zweimal brannte der Riesenbau ab, zahllose Umbauten bis hinein ins Barock hinterließen ihre Spuren. Dennoch wirkt das prachtvolle Ensemble wie komponiert, so gut passt unterm Strich alles zusammen. Das Jahr 2012 stand denn auch nicht nur im Zeichen der Landesgartenschau, sondern auch des Tausend-Jahre-Jubiläums.

Schon der zweite Bamberger Bischof Suitger schrieb ganz große Geschichte. Der Salier Heinrich III. – wie um Schüler im Geschichtsunterricht in Verzweiflung zu stürzen, eben nicht der Sohn Heinrichs II., sondern der Filius von Konrad II. – griff in Rom mit eiserner Hand durch. Auf der Synode von Sutri setzte er 1046 drei konkurrierende Päpste einfach ab und erhob an ihrer Stelle den Bamberger Bischof zum Oberhirten. Suitger nahm als Papst den Namen Clemens an und dokumentierte damit das Programm seines Pontifikats: eine Rückbesinnung auf die Ursprünge, weg von der Verweltlichung, hin zu einer frömmeren, strengeren Kirche. Bamberg wurde in den nächsten Jahrzehnten eine der Städte der Christenheit mit den meisten Heiligen – jeder neunte Fromme, der zwischen 1100 und 1200 heiliggesprochen wurde, kam aus Bamberg.

Wo wohl auch Suitger besser geblieben wäre. Nicht einmal zwei Jahre war er Papst, dann starb er, womöglich vom machtgierigen römischen Adel mit Gift gemeuchelt. Seine Ruhestätte aber fand er in Bamberg – es ist das einzige Papstgrab nördlich der Alpen und somit mindestens ebenso einen Blick wert wie der rätselhafte Bamberger Reiter, das Wahrzeichen der Stadt.

Bamberg erlebte eine Menge: baufreudige Bischöfe, besonders schlimme Wellen der Hexenverfolgungen, Überfälle der Preußen Friedrichs des Großen im Siebenjährigen Krieg. Von einem Ereignis der deutschen Geschichte aber blieb es äußerlich verschont: Ähnlich wie Regensburg wurde Bamberg von alliierten Fliegerangriffen weitgehend verschont. Die reich vorhandene historische Bausubstanz in Bergstadt, Inselstadt und Gärtnerstadt, das unpraktische Gewirr der Gassen, gepflasterten Plätze und nicht allzu breiten Straßen: All das blieb weitgehend erhalten. Ein kuscheliges Chaos, das die Stadtplaner der 60er Jahre ärgern mochte (unter anderem wollte man mit einer Schnellstraße durch die Klosterlandschaft am Michelsberg pflügen), doch sich auf lange Sicht als Glücksfall erwies. 1993 wurde die Stadt ins Weltkulturerbe aufgenommen, als „einzigartiges und hervorragend erhaltenes Beispiel für eine auf mittelalterlicher Grundstruktur entwickelte mitteleuropäische Stadt“.

Bamberg ist einerseits ein prosperierender Wirtschaftsstandort, mit einer ziemlich guten Anbindung an Autobahn- und Schienennetz, mitten in Deutschland gelegen. Der Entschluss des Automobilzulieferers Brose, ein neues Werk nicht am Stammsitz in Coburg, sondern in Bamberg zu bauen, mit 1200 Arbeitsplätze und über 200 Millionen Euro Investitionen, wurde weit über Bayern hinaus als Signal für die wirtschaftsfreundliche Politik der Stadt begriffen. Bamberg hat – im Gegensatz zu den östlichen Teilen Oberfrankens – auch kaum demographische Probleme. Im Gegenteil: die Stadt wächst.

Woher kommt’s? Die Politik hat in vielen Fällen richtig entschieden. Und sie hat Glück gehabt. Es sind nicht zuletzt die weichen Faktoren, die Bamberg so anziehend machen. Die Altstadt mit dem weltberühmten Alten Rathaus auf einer Insel zwischen Fluß und altem Kanal, der zu jeder Jahreszeit schöne Ausblick auf Klein-Venedig, die Pracht des Dombergs, dazu die Offenheit der Stadt, ihre Sinnlichkeit: Das alles zusammen ließ den Kurs der Stadt auch bei Künstlern steigen.

Die Bamberger Symphoniker, nach dem Krieg von Musikern aus Böhmen gegründet, sind zu einem Orchester von Weltruf gereift. Sie haben sich unter ihrem Dirigenten Jonathan Nott zu einem der weltweit führenden Orchester für Gustav Mahler und überhaupt die Romantik entwickelt – nun kennen auch Klassikfans in den USA und in England die 70.000-Einwohnerstadt in Oberfranken. Zu Gast ist die Welt seit 15 Jahren auch in der schmucken Villa Concordia, wo der Freistaat ein Stipendiaten-Programm für internationale Künstler betreibt. Und der Karl-May-Verlag mit Abermillionen weltweit verkaufter Bücher ist in einer schönen großbürgerlichen Villa im Hain-Viertel untergebracht.

Beim Bier, das im Seidla schäumt, grummeln die Bürgern auch schon mal über ihre kleine Weltstadt. Das Weltkulturerbe bringt viele Besucher. So viele, dass man sich manchmal schon durch die Sandstraße drängeln muss. Und natürlich kommt bei weitem nicht jeder wegen der Kultur oder der Heiligkeit der Stadt, so dass der milde Erzbischof Ludwig Schick einmal forderte: „Touristen sollten Pilger werden.“ Doch da ist das erste Rom dem zweiten in Franken noch um einiges voraus. ▲

Streng blickt König Heinrich II. mit Zepter und Reichsapfel von der Adamspforte des Doms herab. Seine großen Visionen für Bamberg wirken noch heute nach.

Romantisches Weltkulturerbe: Touristenströme ziehen durch die Bamberger Altstadt.

Michael Weiser,
1966 in München geboren, ist Kulturredakteur beim *Nordbayerischen Kurier* in Bayreuth.

„Zeitenwende“ – Wenn

Wolf-Dieter Enkelmann

Lebhaft wird diskutiert in der Ideenwerkstatt des Peutinger-Collegiums. Jeder der Teilnehmer bringt aus seiner beruflichen Praxis eine eigene Expertise mit. Jeder hat seinen eigenen Standpunkt und eine eigene Sicht auf die Entwicklungen der Gegenwart. Alle stehen mit beiden Beinen fest im Leben. So verwundert es nicht, dass sich aus all die vielen Erfahrungen, Vermutungen und Einschätzungen letztlich doch ein recht einheitliches Bild ergibt, was die Zukunft bringen wird.

Das Peutinger-Collegium bildet so in der Ideenwerkstatt seine eigene ‚Schwarmintelligenz’. Aus der Ideenwerkstatt ging das Symposium „Made in Germany“ hervor, das das Peutinger-Collegium zusammen mit dem TÜV-Süd veranstaltet und das in diesem Frühjahr zum zweiten Mal mit großem Erfolg über die Bühne ging. Eine Flaggschiffveranstaltung des Peutinger-Collegiums.

Eine ebenso offene wie klare Leitorientierung gibt den Diskussionen immer wieder der Namensgeber des Collegiums. Das Wirken des großen Augsburger Humanisten Konrad Peutinger entfaltete sich zwischen den Fixpunkten Heimat, Staat, Wirtschaft und Wissenschaft. Er stand europaweit in Kontakt mit den namhaftesten Denkern seines geistig extrem regen Zeitalters. Die Renaissance war von tiefgreifenden Umbrüchen gekennzeichnet. Eine neue Welt zog herauf. Auf seiner 2012-Start-up-Sitzung im Februar hat sich die Ideenwerkstatt mit einer Liste gegenwärtiger Megatrends befasst, die der Copräsident des Collegiums, Dr. Bernd Grottel, zusammengestellt hatte. Offene Fragen des Umweltschutzes, Entwicklungen in der Energie und Rohstoffwirtschaft und bahnbrechende neue Technologien paaren sich mit weitreichenden Veränderungen im politischen, ökonomischen und sozialen Gefüge der Weltgesellschaft.

Das teils stürmische Wohlstandswachstum in den BRIC-Staaten, die dramatisch zunehmende Urbanisierung – in wenigen Jahren wird mehr als die Hälfte der Menschheit in Städten leben – und der mit dem zunehmendem Wohlstand überall auf der Welt einhergehende demographische Wandel werden die Zukunft bestimmen und überkommene Gewissheiten in Frage stellen. Nach dem Ende der westlichen Vormachtstellung sieht sich Europa heute vor die Aufgabe ge-

Schmerzlicher Verlust

Völlig unerwartet und mit 63 Jahren viel zu früh verstarb am 25. August 2012 Professor Dr.-Ing. Dr. h.c. Axel Richter.

Bis zuletzt führte Axel Richter die von ihm ins Leben gerufene Unternehmensgruppe znt-Richter charismatisch, kreativ, motivierend und engagiert. Seiner Familie gab er Wärme, Halt und Orientierung.

Als Freund der Familie fand unser Präsidiumsmitglied Robert Salzl anlässlich der Beerdigung am 30. August 2012 für Ehefrau Eva Maria und Tochter Sandra sowie für die anwesenden Trauergäste tröstende Worte. Das Peutinger-Collegium wird Professor Richter in lebendiger Erinnerung behalten.

Erfahrungsschatz als Starthilfe

Neues Mentoring-Programm

In der griechischen Mythologie war er ein Freund des Odysseus. Während dessen zehnjährigen Irrfahrten wirkte er sowohl als Beschützer wie auch als Ratgeber von Odysseus’ Sohn Telemachos. Die Rede ist von Mentor, einer Figur aus Homers „Odyssee“.

Heutzutage versteht man unter einem Mentor eine erfahrene Person, die im Rahmen einer Mentoring-Beziehung ihr fachliches Kompetenz, aber vor allem ihr Erfahrungswissen an eine unerfahrene Person, den Mentee, weitergibt. Der Mentor soll mit seinem Erfahrungs- und/oder Wissensvorsprung die persönliche oder auch berufliche Entwicklung seines Mentees unterstützen.

Mentoring-Konzepte finden heute nicht nur in Unternehmen verstärkt Anwendung, sondern haben auch Eingang gefunden in Hochschulen, Stiftungen, Vereine und sonstige soziale Einrichtungen. Erfolgreiche Mentoring-Konzepte gehen aber nicht nur davon aus, dass alleine die Mentees profitieren. Auch dem Mentor selbst öffnen sich durch den intensiven Austausch mit seinem Mentee neue, erfrischende Sichtweisen. ▲

die Ideenwerkstatt tagt

stellt, seine Rolle im globalen Wettstreit der politischen und wirtschaftlichen Kulturen einer multipolaren Weit neu zu definieren. Zugleich gilt es aber intern erst noch zu klären, wie das Verhältnis zwischen den Nationen gestaltet werden soll. Die Euro-Staatsschuldenkrise legt erbarmungslos die Defizite der derzeitigen Ordnung offen.

Die Ideenwerkstatt kam zu dem Schluss, dass, allein auf bewährte Handlungsmuster und Denkweisen zu vertrauen, um die Zukunft zu bewältigen, gute Chancen womöglich eher verspielt als sichert. Die Diskussion führte zu einem klaren Urteil: Wir leben in einer Zeitenwende. Einige befürchteten eher ein Wende zum Schlechteren – Stichworte waren Werteverlust, Desorientierung politisches Krisenmanagement ohne Konzept, latente Entdemokratisierung, abnehmende Verantwortungsbereitschaft und die Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf den Menschen. Was wird kommen nach dem Ende des „Turbokapitalismus“? Klar war aber auch, in einer Wendezeit wie dieser liegen wie zu Zeiten Konrad Peutingers Chancen, die es zu entdecken und zu ergreifen gilt. Mut und Kreativität sind gefordert, um sich dieser Herausforderung zu stellen und aus Alt und Neu etwas Zukunftsweisendes entstehen zu lassen.

Das Präsidium des Peutinger-Collegiums hat im Rahmen seiner Klausurtagung Anfang Juli die Anregung der Ideenwerkstatt aufgegriffen und beschlossen, das Programm des nächsten Jahres unter den Leitbegriff der „Zeitenwende“ zu stellen. Die Ideenwerkstatt wird das Präsidium gemeinsam mit den Consultoren des Collegiums tatkräftig unterstützen. Für die Ideenwerkstatt stehen folgende Fragen im Fokus: Was wird in Zukunft Fortschritt heißen, zwischen Technik und Naturwissenschaft, kultureller Entwicklung und wirtschaftlicher Dynamik? Was bedeutet unter den sich verändernden Bedingungen individuelle sowie staatliche Souveränität? Welches Menschenbild werden wir morgen leben zwischen Rationalität, interkultureller Verständigung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen? Welche bislang noch unentdeckten und unzureichend fruchtbar gemachten Chancen liegen in der demokratischen Rechtsordnung? Und last not least, welche Werte werden in Zukunft unser Verständnis von Lebensqualität bestimmen? Wie werden wir arbeiten? Wie sieht eine gute, freiheitliche und lohnende Arbeitswelt von morgen aus?

„Der Peutinger“ bleibt den Diskursen in der Ideenwerksatt des Peutinger-Collegiums auf der Spur und wird über die Ergebnisse fortlaufend berichten. ▲

Der weise Mentor (r.) berät den jungen Telemachos, während Vater Odysseus im Krieg und auf Irrfahrt ist.

Aus diesen Überlegungen heraus ist die Idee entstanden, ein Mentoring-Konzept für das Peutinger-Collegium zu entwickeln. Denn das Peutinger-Collegium bietet bereits heute durch die jungen Peutinger Berufsanfängern eine Plattform, sich zu vernetzen und gemeinsam neue Erfahrungen zu sammeln und auszutauschen.

Das Mentoring-Konzept des Peutinger-Collegiums sollte jedoch auch die noch nicht berufstätigen Zielgruppen, d.h. vor allem die Studenten und Studentinnen, im Auge haben. Gerade diese Gruppe von jungen Leuten befindet sich noch in einer Orientierungsphase im Hinblick auf die berufliche und persönliche Zukunft. Gerade das Peutinger-Collegium bietet mit seinen berufs- und lebenserfahrenen Mitgliedern, eine hervorragende Möglichkeit entsprechende Mentoren zu gewinnen.

Auf Basis dieser Überlegungen hat das Peutinger-Collegium in Kooperation mit der Hochschule für Philosophie, namentlich mit ihrem Präsidenten Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher, erstmals ein Mentoring-Programm für die Studierenden und Ehemaligen der Hochschule für Philosophie entwickelt. Im Rahmen dieses Programms haben sich bereits 14 Mentees beworben, die am ersten Mentoring-Abend am 14. November 2012 im Bayerischen Hof teilnehmen werden. ▲

Junge Peutinger

In guter Obhut: Bevor die Jungen Peutinger im Löwenbräu-Zelt die Maß zum Prosit hoben, schauten sie bei Wiesn-Wache vorbei und ließen sich von den Polizeibeamten einen Einblick geben in die nicht immer ganz leichte Arbeit während der beiden Oktoberfestwochen. „Das war sehr beeindruckend“, meinte Ulrich Rothdauscher, der Sprecher der Jungen Peutinger und Organisator des Wiesn-Ausflugs. „Die Beamten haben meist große Oktoberfest-Erfahrung und arbeiten auch dann noch mit kühlem Kopf, wenn es in den Zelten heiß hergeht.“ ▲

Massenmord zum Machterhalt

Jörg Baberowski

Verbrannte Erde
Stalins Herrschaft der Gewalt

C. H. Beck Verlag, München
606 Seiten, 29,95 €

Der Terror der Bolschewiken hatte schon vor Stalin begonnen, er war im System angelegt. Doch erst der schnauzbärtige Georgier machte die exzessive Gewalt zum zentralen Element seiner brutalen Herrschaft. Der Autor sieht in der Massengewalt keinen Betriebsunfall des Stalinismus auf dem Weg zu einer besseren Welt, sondern den strukturellen Kern von Stalins Diktatur. Jörg Baberowski, Historiker an der Berliner Humboldt-Universität, analysiert Hintergründe und nachhaltige Wirkungen dieser Blutorgien, denen Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Ein erschütterndes Dokument der sowjetischen Gewaltgeschichte. Vor diesem dunklen Hintergrund ist unfassbar, dass der Psychopath und passionierte Gewalttäter in Russland noch immer (oder schon wieder) verehrt wird.

Euro-Thriller

Das Thema ist abstrakt und selbst für Experten nur schwer zu verstehen. Aber es hat Deutschland still und heimlich in eine Milliardenabhängigkeit zu den südlichen Schuldenstaaten gebracht, aus der es kaum mehr ein Entrinnen gibt. 700 Milliarden Euro stehen im Feuer, rechnet ifo-Chef Hans-Werner Sinn vor. Ex-Bundesbankpräsident Schlesinger hatte Sinn auf merkwürdige Buchungsposten bei der Bundesbank aufmerksam gemacht, der forschte nach und fand Target II. Einfach gesagt: Krisenländer können sich deutsche Güter und Vermögenswerte auf Pump besorgen und bei der Bundesbank anschreiben lassen. So bezahlen wir unseren Export gleich selber und schicken aus Angst ums schöne Geld weitere Hilfskredite hinterher. Ein Euro-Thriller.

Hans-Werner Sinn

Die Target-Falle
Gefahren für unser Geld und unsere Kinder

Carl Hanser Verlag, München
300 Seiten, 19.90 €

Zurück zum rechten Pfad

Paul Kirchhof

Deutschland im Schuldensog
Der Weg vom Bürger zurück zum Bürger

C. H. Beck Verlag, München
312 Seiten, 19,95 €

Der frühere Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof sieht Deutschland in einem Teufelskreis: Das Land ist hoch verschuldet, aber dennoch fordern die Bürger vom Staat immer mehr Leistungen und belasten die Kinder ohne Skrupel mit immer höheren Rückzahlungspflichten. Dazu droht der Zugriff europäischer Schuldenstaaten auf die deutsche Staatskasse. Den Weg in die immense Verschuldung sieht Kirchhof gepflastert mit Rechtsbrüchen, wogegen er mit seinem Buch ein Plädoyer setzt für den mühsamen und langwierigen Versuch, wieder auf den rechten Pfad zurückzukehren. Schulden-Kanzler Schröder feixte einst über den Professor aus Heidelberg, ernsthafte Demokraten sollten seine Ratschläge zum Abbau der Billionen-Schulden zumindest mit schlechtem Gewissen lesen.

Aufbruch nach Globalia

Der deutsche Exporterfolg trägt große Namen: BMW und Siemens, Bosch, Bayer, VW und Porsche. Doch unter den Leuchttürmen tummelt sich eine Vielzahl von innovativen Mittelständlern, die nur wenige kennen, die aber rund um den Globus höchste Erfolgreich unterwegs sind. Bauer aus Schrobenhausen zum Beispiel, ein Tiefbauunternehmen, das gerade die Betonwände für den Münchner Luise-Kieselbach-Tunnel setzt, das aber auch die künstlichen Inseln vor Dubai gründete und die Fundamentenpfähle für die höchsten Türme der Welt rammte. Oder WIKA aus dem unterfränkischen Klingenberg, ein Weltmarktführer in der Druck- und Temperaturmesstechnik. Der Autor hat schon zwei Bestseller über Hidden Champions veröffentlicht, nun beschreibt er eindrucksvoll die Gründe, weshalb die Kleineren auf dem Weltmarkt Globalia oft erfolgreicher sind als die Big Player und auch Konjunkturzyklen müheloser meistern können.

Hermann Simon

Hidden Campions
Unbekannte Weltmarktführer

Campus Verlag, Frankfurt
447 Seiten, 42,00 €

Eiligen Schritts zur Einheit

Die deutsche Einheit war keineswegs eine Einbahnstraße der Geschichte, es hätte durchaus auch anders kommen können, wenn Helmut Kohl nicht mutig und beherzt gehandelt hätte, erinnerte der vielfach ausgezeichnete ZDF-Historiker Prof. Dr. Guido Knopp bei seinem Peutinger-Vortrag am 3. Oktober im Bayerischen Hof. Und so gelang, woran die meisten nicht mehr geglaubt hatten: „Es wurde die erste deutsche Revolution, die wirklich glückte und vor allem glücklich endete."

Foto: Justa/München

„Europa funktioniert nicht ohne das geeinte Deutschland": Prof. Dr. Guido Knopp, Leiter der ZDF-Zeitgeschichte (Bild 1).

Dr. Bernhard Loheide, Leiter des dpa-Landesbüros Bayern, Dokumentarfilmer und Fernsehpreis-Träger Jürgen Ast, Referent Prof. Dr. Guido Knopp, Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst und Peter Schmalz, Chefredakteur „Der Peutinger" (Bild 2 v.l.).

Peutinger Präsidiumsmitglied Robert Salzl (l.) und Peutinger-Co -Präsident Dr. Bernd Grottel (r.) mit Wolfgang Bertsch, dem Kaufmännischen Leiter der BMW-Niederlassung München (Bild 3).

Landgerichtspräsident a.D. Raphael Singer (Bild 4).

Vorstandsvorsitzender a.D. Dr. Arnulf Brandstetter, Dr. Heike Caspari, Sana-Kliniken AG, Dr. Hanno Haiber, Immobilienchef der Flughafen München GmbH (Bild 5).

Joseph Müllner, Generalmanager e.sigma Systems GmbH (Bild 6).

Walter Landgraf, Bankdirektor i.R., Bettina Beck, Dr. rer. nat. Eberhard Beck, Unternehmensberater/Dipl- Physiker BCM Beck Consulting GmbH (Bild 7).

Notar Dr. Claus Gastroph mit Ehefrau Marie Luise (Bild 8).

Geschichtswissenschaftler Prof. Dr. Maximilian Lanzinner (Uni Bonn) mit Sohn Dennis und Dr. Marcus Ernst (Bild 9).

Bundesfinanzhof-Präsident Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff mit Ehefrau Susanne (Bild 10).

Mehr über den Peutinger-Abend auf den Seiten 5 – 7.

Unterhaltsamer Euro-Exkurs

Deutschland muss ein großes Interesse haben, den Euro zu stabilisieren, betonte der ehemalige Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel bei seinem ebenso eindrucksvollen wie unterhaltsamen Euro-Exkurs vor dem Peutinger-Collegium, das sich diesmal in der Münchner BMW-Niederlassung getroffen hatte. Doch der Vater des Euro, der kurzfristig für den wegen einer Euro-Krisensitzung verhinderten Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker eingesprungen war, lässt keinen Zweifel, dass dies nur gelingen kann, wenn die Länder mehr Eigenverantwortung übernehmen, das vereinbarte Regelwerk konsequent einhalten und sich notfalls auch Sanktionen unterwerfen.

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

Foto: Justa/München

Pointensicher: Ex-Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel (Bild 1).

Kämpferisch: Co-Referent Dr. Ingo Friedrich, ehemaliger Vizepräsident des Europäischen Parlaments (Bild 2).

Großer Andrang in der BMW-Niederlassung am Frankfurter Ring (Bild 3).

Unterm Peutinger-Porträt (v.r.): Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst, BMW-Niederlassungsleiter Michael Rahe, Dr. Theo Waigel, Co-Referent Dr. Ingo Friedrich und Peutinger-Präsidiumsmitglied Robert Salzl (Bild 4).

Rechtsanwalt Alexander Gontard und Dr. Klaus Leipold, Präsidiumsmitglied des Peutinger-Collegiums (Bild 5).

Penelope, Dr. jur. Pantelis Christian (Honorarkonsul, Islamic Republic of Pakistan), Patricia und Philomena Poetis von der Powergroup GmbH (v.li. Bild 6).

Sandoz Germany und Hexal-Vorstandssprecher Helmut Fabry und Serviceplan-Geschäftsführer Florian Freiherr von Hornstein (Bild 7).

Fragen um die Zukunft des Euro: Dipl. Kauffrau Rosemarie Braun (Bild 8) und der ehem. Vorstandsvorsitzende der Braunheimer Holding AG Hans Schreiber (Bild 9).

Anna-Stephanie Füchsl, Absatzmarketing und Events, BMW, und Günther Fach, Direktor i. R. IBM Dtld. (Bild 10).

Zu seiner Geburt vor 100 Jahren gab es noch die Goldmark: Dr. Günther Brüggemann im Gespräch mit Dr. Theo Waigel (Bild 11).

Mehr über den Peutinger-Abend auf den Seiten 8 – 11.

Veranstaltungsvorschau 2012/13

Montag, 19. Novemver 2012
Dr.-Ing. Manfred Bayerlein
Vorstandsvorsitzender TÜV Rheinland AG

30. November bis 01. Dezember 2012
5. Internationale Klima- und Energiekonferenz
Zusammen mit Berlin Manhattan-Institut (BMI) und Europäischem Institut für Klima und Energie (EIKE)

Vorschau 2013

Mittwoch, 16. Januar 2013
Prof. Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels, OP
Professor an der Theologischen Fakultät Trier

Donnerstag, 28. Februar 2013
Georg Fahrenschon
Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV)

Mittwoch, 20. März 2013
William Bill E. Moeller
Generalkonsul der USA in München

März 2013
Horst Seehofer
Bayerischer Ministerpräsident

Donnerstag, 25. April 2013
Prof. Dr. Marion Schick
Vorstandsmitglied Telekom AG

Mittwoch, 15. Mai 2013
Peutinger-Symposium
„Made in Germany: Urbanisierung“

Mittwoch, 19. Juni 2013
Prof. Dr. Michael Hüther
Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln

Mittwoch, 10. Juli 2013
Prof. Dr. Hermann Scheuringer
Sprachwissenschaftler an der Universität Regensburg

Mittwoch, 18. September 2013
Prof. Dr. Rudolf Mellinghoff
Präsident des Bundesfinanzhofes

Donnerstag/Freitag, 10./11. Oktober 2013
VI. Internationale Energiekonferenz

Mittwoch, 13. November 2013
Hans-Peter Keitel
Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)

Mittwoch, 11. Dezember 2013
Großer Rat und Convent
(Jahresmitgliederversammlung)

Für 2013 sind weitere Vorträge geplant:

Viviane Reding
EU-Kommissarin für Justiz

Jean-Claude Juncker
Premierminister von Luxemburg, Chef der Euro-Gruppe

Roland Berger
Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Unternehmensberatung Roland Berger

Alle Veranstaltungen im Hotel Bayerischer Hof/Palaishalle und Königssaal ab 18 Uhr, soweit nicht anders angegeben!

Terminänderungen vorbehalten. Bitte zeitnahe Ankündigungen auf der Homepage www.peutinger-collegium.de beachten!

Impressum

Der Peutinger
Bayerischer Monatsspiegel

Magazin für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur

Redaktion
Peter Schmalz (Chefredakteur)
Thomas Breitenfellner
Michael Weiser
Farchanter Straße 35
D-81377 München
peter.schmalz@gmx.net
Leserbriefe an die Redaktion

Herausgeber
Dr. Marcus D. Ernst
Präsident
Peutinger-Collegium e.V.

Verlag/Gestaltung/Realisierung
NBB Kommunikation GmbH
Ridlerstraße 33
80339 München
www.nbbkommunikation.de

Anzeigen/Druckunterlagen
Schwele Medienservice GmbH
Ulrich Schwele
Iglinger Str. 3
86807 Buchloe
Tel.: 08241/9674-12
Fax: 08241/9674-22
E-Mail: u.schwele@schwele.de

Druck
FIBO Druck- und Verlags GmbH
Fichtenstraße 8
82061 Neuried
Telefon 089.30 79 97 0
info@fibodruck.de
www.fibodruck.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

525 Jahre Bank-Tradition, der wir uns verpflichtet fühlen.

Fürst Fugger Privatbank

AUGSBURG	KÖLN	MANNHEIM	MÜNCHEN	NÜRNBERG	STUTTGART
Telefon 0821 3201-109	Telefon 0221 2009-420	Telefon 0621 430905-10	Telefon 089 290729-44	Telefon 0911 52125-540	Telefon 0711 870359-20

Mehr Informationen unter www.fuggerbank.de